

**Technische Universität Dresden**

Fakultät Sprach-, Literatur- und Kulturwissenschaften

Institut für Romanistik

## **Magisterarbeit im Hauptfach Romanistik**

# **Soziale Bewegungen und Konflikte der 90er Jahre in Frankreich am Beispiel des Streiks von 1995/96**

am 7. Dezember 2005

vorgelegt von

Elke Frenzel

geb. am 28. April 1975

Wissenschaftlicher Betreuer und

Erstgutachter:

Zweitgutachter:

Prof. Dr. Kolboom

Prof. Dr. Lieber

# Inhaltsverzeichnis

<b>Einleitung.....</b>	<b>3</b>
<b>1 Die politische, soziale und wirtschaftliche Situation der 90er Jahre in Frankreich.....</b>	<b>6</b>
1.1 Die politische Situation.....	6
1.2 Zur sozialen und wirtschaftlichen Lage.....	9
1.3 Die Präsidentschaftswahlen 1995.....	15
<b>2 Die französische Gewerkschaftsbewegung der 90er Jahre.....</b>	<b>18</b>
2.1 Die französischen Gewerkschaften.....	18
2.2 Zur Krise der französischen Gewerkschaften.....	20
2.3 Streikbewegungen und Gewerkschaften.....	23
<b>3 Die Streikbewegung von 1995/96 in Frankreich.....</b>	<b>25</b>
3.1 Die Ursachen für den Streik von 1995/96.....	25
3.2 Die Streikenden und ihre Forderungen.....	27
3.3 Der Streikverlauf.....	31
3.3.1 Allgemeine Merkmale.....	31
3.3.2 Chronologie der Streikbewegung.....	32
3.4 Ergebnisse und Analyse.....	52
<b>4 Zusammenfassung und Ausblick.....</b>	<b>59</b>
<b>Literaturverzeichnis.....</b>	<b>62</b>
<b>Abkürzungen.....</b>	<b>67</b>
<b>Anlage.....</b>	<b>68</b>

## Einleitung

In diesen Tagen wird in Frankreich wieder gestreikt. In Strasbourg sind es die Eisenbahner, in Marseille wird der Hafen blockiert und in Korsika liefern sich Arbeiter Straßenschlachten mit der Polizei. Streiks waren und sind in Frankreich immer wieder an der Tagesordnung: die Massenstreiks 1968, der Eisenbahnerstreik 1986/87, der Krankenschwesternstreik von 1988, die Streikbewegung von 1995/96. Der Mai '68 hat Geschichte geschrieben. Noch heute weiß jeder, daß er die Gesellschaft verändert hat.

Die folgende Arbeit beschäftigt sich mit Ursachen, Zielen und Verlauf der Streikbewegung in Frankreich vom September 1995 bis Januar 1996. Die Untersuchung ist mit Hilfe von deutschem und französischem Pressematerial, Aufsätzen aus Gewerkschaftszeitungen, einem Streiktagebuch und verschiedenen Streikanalysen vorgenommen worden. Dabei mußte auf eine Vollständigkeit der Primär- und Sekundärquellen verzichtet werden. Die zugrundeliegenden, unten angeführten Quellen stellen lediglich einen möglichen Auszug dar.

Die 90er Jahre in Frankreich sind reich an Veränderungen. In der Politik ging die Ära Mitterrand zu Ende; die Regierung hat mehrfach gewechselt. Die Erfüllung der Maastricht-Kriterien erforderte Einsparungen im sozialen Bereich und die Privatisierung von staatlichen Betrieben. Damit verschlechterten sich die Lebensbedingungen für viele Menschen. Die Analyse der sozialen, politischen und wirtschaftlichen Lage in Kapitel 1 soll das Umfeld der Streikbewegung näher beleuchten. In engem Zusammenhang damit stand die Präsidentenwahl in Frankreich im Mai 1995, der deshalb ein eigenes Unterkapitel gewidmet ist.

Diese Streikbewegung ist wie viele andere auch von den französischen Gewerkschaften begleitet worden. Daher befaßt sich Kapitel 2 mit der französischen Gewerkschaftsbewegung der 90er Jahre. Das erste Unterkapitel beschäftigt sich mit den großen französischen Gewerkschaften, ihren politischen Ausrichtungen, Zielsetzungen und Vertretern. Die sinkenden Mitgliederzahlen zeigen die Krise der französischen Gewerkschaften. Persönliche Beweggründe der Arbeitnehmer, die Vorliebe für die direkte Aktion, wirtschaftliche und gewerkschaftliche Probleme sowie der französische Staat spielen dabei eine entscheidende Rolle. Dies ist im zweiten Unterkapitel zusammengefaßt. Dann folgt eine Auseinandersetzung mit der Rolle der Gewerkschaften in der Streikbewegung.

Den Mittelpunkt der Arbeit bildet die Streikbewegung von September 1995 bis Januar 1996 in Kapitel 3. Zuerst werden die Ursachen der Bewegung untersucht, wie z. B.

nicht eingehaltene Wahlversprechen von Präsident Chirac, der Juppé-Plan und der darauf folgende Planvertrag zwischen Staat und SNCF. Im zweiten Unterkapitel werden die Streikenden und ihre Forderungen vorgestellt. Danach folgt eine Streikchronologie, deren erster Teil die allgemeinen Merkmale der Bewegung darstellt. Den Hauptteil bildet die detaillierte Chronologie selbst. Ein viertes Unterkapitel benennt die Ergebnisse und analysiert die Streikbewegung. Dies wird im abschließenden Kapitel zusammengefaßt und mündet in einen Ausblick auf die weitere Entwicklung in Frankreich ab Januar 1996. Besonders wichtig erscheinen mir folgende Fragen: Inwieweit konnten die Streikenden ihre Forderungen realisieren? Welche Rolle spielten die Gewerkschaften in dieser Streikwelle?

In der Sächsischen Landesbibliothek – Staats- und Universitätsbibliothek Dresden sind nur allgemeine Nachschlagewerke und Literatur über die französische Geschichte zugänglich. Aufsätze aus den Gewerkschaftlichen Monatsheften können über den Deutschen Gewerkschaftsbund Sachsen bezogen werden. Das Pressearchiv Berlin hält viele Artikel aus der deutschen Presse über das Geschehen in Frankreich bereit. Eine große Fundgrube stellt das Deutsch-Französische Institut in Ludwigsburg dar. Dort findet man eine Vielzahl an Literatur und Aufsätzen, aber auch Unmengen an französischem Pressematerial. Im Buchhandel kann man weitere Literatur zu dieser Thematik finden.

Dem Unterkapitel 1.1 liegen allgemeine Abhandlungen über die französische Geschichte u. a. von Loth, Hinrichs und Sieburg zugrunde. Im zweiten Unterkapitel (1.2) wird die soziale und wirtschaftliche Situation besprochen. Hierzu habe ich vor allem Artikel von einem deutschen Experten für französische Wirtschaft, Henrik Uterwedde, verwendet. Unterkapitel 3 ist der Präsidentschaftswahl 1995 gewidmet. Neben allgemeinen Nachschlagewerken (Sieburg, Hinrichs, Kimmel/Uterwedde, Weisenfeld, Loth, Handbuch Französisch, Lasserre/Schild/Uterwedde) diente mir besonders die Berichterstattung in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung als Grundlage.

Für Kapitel 2 über die französische Gewerkschaftsbewegung der 90er Jahre war mir einführende Literatur wie „Frankreich verstehen“ von Große/Lüger und das „Frankreich Lexikon“ hilfreich. Zur vertiefenden Lektüre habe ich vor allem den Aufsatz von René Mouriaux „Ein Neuanfang verlangt mehr Einheit. Die Entwicklung der französischen Gewerkschaftsbewegung seit 1986 und ihre Zukunftsaussichten.“ aus den Gewerkschaftlichen Monatsheften, weitere Artikel von Kempf, Rehfeldt, aus dem Frankreich Lexikon sowie Auszüge aus dem Streiktagebuch von Paul Baretts genutzt.

Kapitel 3 bildet den Kern der Arbeit. Sehr hilfreich waren mir bei der Ausarbeitung folgende anarchistische und trotzkistische Aufsätze: von Nicole Thé „Kommentierter Besuch der sozialen Bewegung vom Dezember 1995 in Frankreich“, die Streikchronologie im Wildcat-Zirkular, die Broschüre von David Walsh „Frankreich im Aufstand. Die Streikbewegung vom November/Dezember 1995.“ (Fernleihe aus der Bayerischen Staatsbibliothek München) sowie von Chris Harman „Décembre 1995, Un hiver ‘chaud’ en France“. Aufgrund ihrer Nähe zur Basis und den damit verbundenen Hintergrundinformationen sind sie besonders wertvoll. Als kleine Kostbarkeit hat sich das Streiktagebuch von Paul Baretts erwiesen, ein Interview mit Pierre Bourdieu ist vorangestellt. Weiter dienten mir Henri Vacquin und Yvon Minvielle „Le sens d’une colère. Chances et perspectives, novembre-décembre 1995“ aus der Staatsbibliothek zu Berlin, Sophie Bérout und René Mouriaux (Hg.) „Le souffle de décembre. Le mouvement social de 1995. Continuités, singularités, portée“ aus der Bayerischen Staatsbibliothek München sowie „Remarques sur la paralysie de décembre 1995“ aus der Frankreich-Bibliothek des Deutsch-Französischen Instituts als wichtige Grundlage. Ferner waren mir auch verschiedene französische Webseiten und Zeitungsartikel (Frankfurter Allgemeine Zeitung, Neue Zürcher Zeitung, Die Zeit, Süddeutsche Zeitung, Frankfurter Rundschau, die tageszeitung, Der Tagesspiegel, Handelsblatt) nützlich.

Den Ausblick in Kapitel 4 habe ich mit Hilfe von Hinrichs „Kleine Geschichte Frankreichs“ und einem Aufsatz von Loth im „Länderbericht Frankreich“ geschrieben. Zur Beurteilung des EU-Referendums in Frankreich diente mir die Berichterstattung in den Dresdner Neuesten Nachrichten.

# 1 Die politische, soziale und wirtschaftliche Situation der 90er Jahre in Frankreich

## 1.1 Die politische Situation

Bei der Präsidentschaftswahl 1988 wurde François Mitterrand erneut zum Staatspräsidenten gewählt.<sup>1</sup> Im zweiten Wahlgang erzielte Mitterrand 54 Prozent der Stimmen und konnte sich somit gegenüber seinem Herausforderer, Premierminister Jacques Chirac, durchsetzen. Nach seiner Wiederwahl löste Mitterrand vorzeitig die Nationalversammlung auf, da er eine weitere Cohabitation verhindern wollte und Unstimmigkeiten über die Verwirklichung politischer Ziele befürchtete. Bei den vorgezogenen Neuwahlen zur Nationalversammlung im Juni '88 erlangten die Sozialisten keine absolute Mehrheit. Aufgrund von „Spannungen innerhalb des bürgerlichen Lagers“<sup>2</sup> konnten die Sozialisten (PS) mit CDS und weiteren Liberalen – ohne Vertretung der Kommunisten – eine Koalitionsregierung bilden; Michel Rocard wurde zum Premierminister ernannt.

Die Regierungspolitik von Rocard war „zwischen den Reformen der sozialistischen Ära und der Konsolidierungspolitik der Kohabitation“<sup>3</sup> anzusiedeln. Er strebte die Modernisierung der Industrie und verbesserte Bedingungen in Erziehung, Berufsausbildung und Forschung durch finanzielle Zuwendungen an. Von seinem Programm ist nur ein Teil, das Zurückfahren der staatlichen Industriepolitik, Reform des öffentlichen Dienstes, Investitionen im Erziehungswesen und die Wiedereinführung einer „Steuer auf große Privatvermögen“<sup>4</sup>, realisiert worden. Dies war angesichts des großen Defizits im Staatshaushalt und wegen der erwirkten finanziellen Zuwendungen für die Streikenden des öffentlichen Dienstes erforderlich. 1988 wurde das Gesetz über eine Mindestversorgung für Bedürftige (RMI) erlassen. Ungelöst blieben die Sanierung der Sozialversicherungssysteme (Gesundheitswesen und Renten) sowie die Integration von Ausländern.

---

<sup>1</sup> 1981 ist François Mitterrand zum ersten Mal zum Präsidenten der Republik gewählt worden. Während seiner ersten Amtszeit wechselten folgende Kabinette einander ab: 1981 – 1984 Pierre Mauroy, 1984 – 1986 Laurent Fabius, 1986 – 1988 Jacques Chirac – erste Cohabitation (sozialistischer Präsident, Mitte-Rechts-Regierung). Vgl. Altwegg, Jürg: „Politische Kultur der V. Republik“, in: Kolboom/Kotschi/Reichel, S. 497; Hüttenberger, Peter/Loth, Wilfried: „Frankreich seit dem Zweiten Weltkrieg (1944 bis heute)“, in: Loth, S. 271 – 273; Loth, Wilfried: „Von der IV. zur V. Republik“, in: Kimmel/Uterwedde, S. 76 – 78; Martens, Stefan: „Frankreich seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs“, in: Hinrichs, S. 439, 440, 446 – 448; Sieburg, S. 193 – 197; Tiemann, Dieter: „Frankreich im 20. Jahrhundert“, in: Kolboom/Kotschi/Reichel, S. 417, 418.

<sup>2</sup> Sieburg, S. 197.

<sup>3</sup> Loth, Wilfried: „Von der IV. zur V. Republik“, in: Kimmel/Uterwedde, S. 79.

<sup>4</sup> Ebd.

Die oben genannten Maßnahmen führten in Frankreich zu einem Konjunkturaufschwung und zur Eindämmung der Inflation. Diese Entwicklung konnte jedoch die Unzufriedenheit in der französischen Bevölkerung nicht beseitigen, wie sich in den Stimmenverlusten der Sozialisten bei der Europawahl 1989 zeigte. Daraufhin versuchte Mitterrand, den Regierungskurs mehr nach links zu lenken. Rocard, die Präsidentschaftswahlen 1995 im Auge, trug diesen Wechsel nicht mit und wurde im Mai 1991 durch Edith Cresson ersetzt.<sup>5</sup>

Eine Arbeitslosigkeit von zehn Prozent, die sich verschärfende wirtschaftliche Situation, die Aktionen der französischen Bauern gegen eine Agrarreform der EG<sup>6</sup> und die Aufdeckung von politischen Skandalen<sup>7</sup> führten zu weiteren Stimmenverlusten der PS bei den Regionalwahlen Anfang 1992.

Die Absetzung Edith Cressons und die Ernennung Pierre Bérégovoy im April 1992 sollten Abhilfe schaffen.<sup>8</sup> Während seiner Amtszeit stieg die Arbeitslosigkeit auf 10,8 Prozent an (1993 ca. drei Millionen Arbeitslose)<sup>9</sup>, das Bruttoinlandsprodukt und der Export sanken. Die Angst vor unzureichender Sicherheit, Arbeitsplatzverlust und Immigration konnte Bérégovoy der französischen Bevölkerung nicht nehmen. Hinzugekommen waren in den letzten Jahren große außenpolitische Veränderungen (Fall der Berliner Mauer 1989, Zerfall der Sowjetunion, Vereinigung Deutschlands 1990), die diese ureigenen Ängste weiter nährten und noch verstärkten. (Im Februar 1992 wurde der Maastricht-Vertrag über die Europäische Politische Union und Wirtschafts- und Währungsunion unterzeichnet.) Das schlug sich dann auch im Maastricht-Referendum (September 1992)<sup>10</sup> nieder.

---

<sup>5</sup> Vgl. Hüttenberger, Peter/Loth, Wilfried: „Frankreich seit dem Zweiten Weltkrieg (1944 bis heute)“, in: Loth, S. 273, 274; Loth, Wilfried: „Von der IV. zur V. Republik“, in: Kimmel/Uterwedde, S. 78, 79; Martens, Stefan: „Frankreich seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs“, in: Hinrichs, S. 440, 448; Sieburg, S. 197; Tiemann, Dieter: „Frankreich im 20. Jahrhundert“, in: Kolboom/Kotschi/Reichel, S. 418.

<sup>6</sup> Subventionen sollten wegen GATT-Abkommen gestrichen werden. Vgl. Sieburg, S. 198.

<sup>7</sup> An diesen war die PS mehr beteiligt als das bürgerliche Lager. Vgl. Loth, Wilfried: „Von der IV. zur V. Republik“, in: Kimmel/Uterwedde, S. 79.

<sup>8</sup> Vgl. Hüttenberger, Peter/Loth, Wilfried: „Frankreich seit dem Zweiten Weltkrieg (1944 bis heute)“, in: Loth, S. 274; Loth, Wilfried: „Von der IV. zur V. Republik“, in: Kimmel/Uterwedde, S. 79; Martens, Stefan: „Frankreich seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs“, in: Hinrichs, S. 440; Sieburg, S. 198.

<sup>9</sup> Die Arbeitslosigkeit könnte gesenkt werden, indem man die Arbeit umverteilt: die Arbeitnehmer arbeiten weniger für ein entsprechend geringeres Gehalt. Pierre Bourdieu schlägt eine „Verkürzung der Arbeitszeit ohne Lohneinbußen“ zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit vor. Baret/Bourdieu, S. 5.

<sup>10</sup> 51 Prozent der Franzosen stimmten für das Abkommen von Maastricht, eine sehr knappe Entscheidung für Europa. Vgl. Hüttenberger, Peter/Loth, Wilfried: „Frankreich seit dem Zweiten Weltkrieg (1944 bis heute)“, in: Loth, S. 274.

Der 01.01.1993 stellte den Beginn der Europäischen Union (EU) dar: Der Maastricht-Vertrag trat in Kraft.<sup>11</sup> Dieser Vertrag spaltete die französische Bevölkerung in zwei Lager: die Befürworter der Europäischen Union (PS, UDF) und deren Gegner (Kommunisten, Front National, z. T. RPR).<sup>12</sup>

Bei den Neuwahlen zur Nationalversammlung im März 1993 mußte die PS schwere Stimmenverluste hinnehmen. Pierre Bérégovoy hatte in seiner einjährigen Regierungszeit die zahlreichen innenpolitischen Probleme nicht lösen können. Die Sozialisten unterlagen dem bürgerlichen Parteienbündnis von RPR und UDF<sup>13</sup>, das 75 Prozent bis 80 Prozent der Parlamentssitze erlangte. Weiterhin waren Sozialisten und Kommunisten im Parlament vertreten.<sup>14</sup> Dieses Wahlergebnis führte die *zweite Cohabitation* – ein sozialistischer Staatspräsident (Mitterrand) mit einer bürgerlichen Regierung unter Edouard Balladur (RPR) – herbei.<sup>15</sup>

Die Regierung Balladur regelte die französische Staatsbürgerschaft neu<sup>16</sup>. Sie

... setzte ein weiteres Reprivatisierungsprojekt durch, beschloss im Hinblick auf die Währungsunion die künftige Autonomie der Banque de France, verfügte Ausgabenkürzungen und Steuererhöhungen zum Abbau des Haushaltsdefizits und beschloss gleichzeitig weitere Maßnahmen zur Wirtschaftsbelebung<sup>17</sup>.

Balladurs Regierungsstil wurde als „*méthode Balladur*“ umschrieben,

... weil er von den ursprünglich angekündigten großen Reformen nur wenige und auch diese eher halbherzig verwirklichte, sobald sich ihm entschiedener Widerstand, sei es durch Sachzwänge wirtschaftlicher oder finanzieller Art, sei es durch Massenproteste, in den Weg stellte<sup>18</sup>.

---

<sup>11</sup> Der europäische Binnenmarkt basiert auf „Warenaustausch, Dienstleistungsverkehr, Niederlassungsrecht und Kapitalfluß ohne Grenzbeschränkungen“. Sieburg, S. 208.

<sup>12</sup> Vgl. Hüttenberger, Peter/Loth, Wilfried: „Frankreich seit dem Zweiten Weltkrieg (1944 bis heute)“, in: Loth, S. 274; Loth, Wilfried: „Von der IV. zur V. Republik“, in: Kimmel/Uterwedde, S. 79; Martens, Stefan: „Frankreich seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs“, in: Hinrichs, S. 440, 448, 449; Sieburg, S. 198, 208, 209. Die Befürworter werden Föderalisten genannt, die Vertreter der französischen Souveränität Souveränisten. Vgl. Altwegg, Jürg: „Politische Kultur der V. Republik“, in: Kolboom/Kotschi/Reichel, S. 498; Tiemann, Dieter: „Frankreich im 20. Jahrhundert“, in: Kolboom/Kotschi/Reichel, S. 418.

<sup>13</sup> RPR und UDF hatten das Bündnis UPF, *Union pour la France*, gebildet und gemeinsame Kandidaten gestellt. „Interne Flügelkämpfe“ hatten den Wahlkampf der Sozialisten zusätzlich erschwert. Sieburg, S. 198.

<sup>14</sup> Grüne und Front National waren aufgrund des Mehrheitswahlrechts nicht im Parlament vertreten. Vgl. ebd.

<sup>15</sup> Jaques Chirac stand im Hinblick auf die Präsidentschaftswahlen 1995 nicht für das Amt des Premierministers zur Verfügung. Vgl. Martens, Stefan: „Frankreich seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs“, in: Hinrichs, S. 449.

<sup>16</sup> Ebd., S. 441.

<sup>17</sup> Loth, Wilfried: „Von der IV. zur V. Republik“, in: Kimmel/Uterwedde, S. 80.

<sup>18</sup> Sieburg, S. 199. So ließ er z. B. die geforderte Verfassungsreform bis zu den Präsidentschaftswahlen 1995 unberücksichtigt. Vgl. Loth, Wilfried: „Von der IV. zur V. Republik“, in: Kimmel/Uterwedde, S. 79, 80; Martens, Stefan: „Frankreich seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs“, in: Hinrichs, S. 440, 441, 452; Sieburg, S. 198, 199; Tiemann, Dieter: „Frankreich im 20. Jahrhundert“, in: Kolboom/Kotschi/Reichel, S. 418.



## 1.2 Zur sozialen und wirtschaftlichen Lage

Im Zuge der Errichtung des EU-Binnenmarktes (ab 1986) und gemäß der EU-Beschlüsse zur Liberalisierung desselben mußte Frankreich in seinem ausgeprägten Sektor von staatlichen Unternehmen tiefgreifende Veränderungen vornehmen.

Einerseits wurden zahlreiche staatliche Unternehmen privatisiert (1986, 1987, 1993 – 1995), besonders in der Industrie sowie im Bank- und Versicherungswesen. Der öffentliche Unternehmenssektor wurde damit reduziert. Der Staat intervenierte weniger in den nun privatwirtschaftlich geführten Unternehmen.<sup>19</sup>

Im öffentlichen Dienstleistungsbereich, *service public*, verblieben sind jedoch die staatlichen Unternehmen SNCF, *Air France*, EDF/GDF, *La Poste* und *France Télécom*.

Auch sie wurden verstärkt mit den EU-Beschlüssen zur Liberalisierung des europäischen Binnenmarktes konfrontiert.

In der praktischen Umsetzung hieß das: „Umbau ... des Service public (Abbau der Monopole, Anpassung an die europäische Konkurrenz)...“<sup>20</sup>, Öffnung der Sektoren für den Wettbewerb, Privatisierungen, Öffnung des Unternehmenskapitals für private Investoren. Die Liberalisierung des *service public* begann sehr langsam und fand teilweise wenig Akzeptanz in der Öffentlichkeit.<sup>21</sup>

Der Vertrag von Maastricht 1991 über die Europäische Währungsunion forderte vom französischen Staat stabile Preise und einen stabilen Haushalt.<sup>22</sup> Dies brachte für die französische Wirtschaft in den 90er Jahren grundlegende Veränderungen und eine verstärkte wirtschaftliche Öffnung. Die stabilen Preise, Änderungen im Bereich der Lohnkosten und der Produktivität steigerten die Wettbewerbsfähigkeit der französischen Exporte. In diesem Zusammenhang verweisen Colletis und Uterwedde auf die Ausrichtung französischer Exporte auf Märkte mit geringem Wachstum.

Die anfangs erwähnten Privatisierungen, die Liberalisierung des EU-Binnenmarktes und die zunehmende Globalisierung förderten die internationale Ausrichtung und Ausdehnung

---

<sup>19</sup> Jetzt ist die französische Wirtschaft gänzlich liberalisiert. Ausländische Investitionen spielen eine wichtige Rolle. Das bedeutet eine Zunahme an prekären Arbeitsverhältnissen im öffentlichen Sektor. Vgl. Estèbe, Philippe: „Entstehung und Niedergang eines Sozialmodells“, in: Kimmel/Uterwedde, S. 96, 97; Uterwedde, Henrik: „Französische Wirtschaft und Gesellschaft“, in: Kolboom/Kotschi/Reichel, S. 502 – 505; Uterwedde, Henrik: „Kapitalismus à la française. Die mühsame Erneuerung eines Modells“, in: Kimmel/Uterwedde, S. 179, 181, 186.

<sup>20</sup> Uterwedde, Henrik: „Französische Wirtschaft und Gesellschaft“, in: Kolboom/Kotschi/Reichel, S. 504, 505.

<sup>21</sup> Vgl. Uterwedde, Henrik: „Kapitalismus à la française. Die mühsame Erneuerung eines Modells“, in: Kimmel/Uterwedde, S. 186.

<sup>22</sup> Ebd., S. 180.

der französischen Unternehmen weiter. Dies geschah vor allem durch Fusionen und den Erwerb von Filialen. Auch im Kapitalverkehr trat in den letzten 15 Jahren ein grundlegender Wandel ein: Einerseits investierten französische Unternehmen zunehmend im Ausland, andererseits gewann der Standort Frankreich an Attraktivität für ausländische Anleger.<sup>23</sup>

Die Wirtschaftsstruktur wurde jedoch nicht in gleichem Maße verändert, in Frankreich fehlen auch weiterhin ein starker Mittelstand und miteinander kooperierende Netzwerke.<sup>24</sup>

Ebenso gibt es zwar Bemühungen und Fortschritte, den staatlichen Einfluß zurückzunehmen und die sozialvertragliche Regulierung in die Hände der Tarifpartner zu überführen,

... die Akteure haben sich gleichwohl allzu oft mit dem Status quo einer zerrissenen, der staatlichen Einflußnahme unterworfenen Tariflandschaft arrangiert. Das gilt für die Politik, die Verhandlungen nur solange akzeptiert, wie deren Ergebnisse ihren Vorstellungen entsprechen [sic], aber auch für die Sozialpartner, die oftmals den vermeintlich leichteren Weg einer gesetzlichen Regelung durch eine ihnen nahe stehende Regierung vorziehen.<sup>25</sup>

Insgesamt haben der französische Staat und die französische Wirtschaft entscheidende Veränderungen erfahren. Der Staat wird jetzt mehr als wichtiger Partner, denn als Übermacht wahrgenommen.<sup>26</sup>

Die Suche nach einem neuen Gleichgewicht zwischen Staat, Markt, dezentralen Gebietskörperschaften und den Akteuren der Zivilgesellschaft ist in vollem Gange, ebenso wie die Suche nach einem Wirtschafts- und Sozialmodell, das ökonomische Wettbewerbsfähigkeit und sozialen Zusammenhang miteinander zu verbinden in der Lage ist.<sup>27</sup>

Die wirtschaftliche Entwicklung im allgemeinen und die politisch bedingte Umgestaltung der Wirtschaftsstruktur Frankreichs im besonderen führten in den 90er Jahren zu folgenreichen Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt. Größtes Problem stellt seitdem die Massenarbeitslosigkeit dar. Die Arbeitslosenquote stieg 1995 auf 11,4 Prozent an. Sie liegt seit Beginn der 90er Jahre über dem Durchschnitt der EU-Länder. Von Arbeitslosigkeit betroffen waren und sind in Frankreich besonders Frauen, Jugendliche<sup>28</sup>, Ausländer sowie ältere und geringer qualifizierte Arbeitnehmer. 30 bis 40 Prozent von ihnen sind

---

<sup>23</sup> Als Vorteile des Standortes Frankreich gelten u. a. die zentrale geographische Lage, Größe und Dynamik des Binnenmarktes (wie Bevölkerung, Kaufkraft), Qualifikation der Arbeitskräfte, Arbeitskosten und Produktivität der Arbeit. Nachteilig wirken sich die wichtige Rolle des Staates, die Bürokratie, die geringe Flexibilität des Arbeitsmarktes, das Verschließen vor neuen Technologien, die hohe Arbeitslosigkeit, hohe Steuern und geringes Wachstum aus. Vgl. Colletis, Gabriel/Uterwedde, Henrik: „Zwischen Wettbewerbsfähigkeit und Attraktivität. Frankreichs Wirtschaft in der Globalisierung“, in: Kimmel/Uterwedde, S. 210 – 213, 216, 219 – 222.

<sup>24</sup> Ebd., S. 216; vgl. Uterwedde, Henrik: „Kapitalismus à la française. Die mühsame Erneuerung eines Modells“, in: Kimmel/Uterwedde, S. 182.

<sup>25</sup> Uterwedde, Henrik: „Kapitalismus à la française. Die mühsame Erneuerung eines Modells“, in: Kimmel/Uterwedde, S. 188.

<sup>26</sup> Vgl. Uterwedde, Henrik: „Französische Wirtschaft und Gesellschaft“, in: Kolboom/Kotschi/Reichel, S. 504, 505; Lasserre/Schild/Uterwedde, S. 125 – 128; Uterwedde, Henrik: „Kapitalismus à la française. Die mühsame Erneuerung eines Modells“, in: Kimmel/Uterwedde, S. 177, 187.

<sup>27</sup> Uterwedde, Henrik: „Französische Wirtschaft und Gesellschaft“, in: Kolboom/Kotschi/Reichel, S. 505.

<sup>28</sup> Die hohe Jugendarbeitslosigkeit ist „auf gravierende Probleme des staatlichen Systems der beruflichen Erstausbildung“ zurückzuführen. Ebd., S. 502, 503.

Langzeitarbeitslose. Bereits 1988 führte die Regierung ein Mindestsozialeinkommen, *Revenu minimum d'insertion* (RMI), ein.

Eine weitere strukturelle Veränderung war die zunehmende Prekarisierung der Arbeit, bei der es sich letztendlich um „eine Form verdeckter Arbeitslosigkeit“<sup>29</sup> handelt.

‘Quoi qu’il en soit, les moins de vingt-cinq ans – et maintenant, progressivement, les moins de trente ans – sont massivement condamnés à la précarité, dont ils font l’apprentissage, dans et hors les programmes publics. En négatif, ils sont les abonnés de toutes les formes atypiques d’emploi, depuis les missions d’intérim en passant par les contrats à durée déterminée et, bien sûr, les stages. Les embauches, si elles se produisent, supposent de subir des périodes probatoires qui s’éternisent. Peu à peu, aussi, les jeunes s’habituent à cette précarité, synonyme de galère. En positif, cette fois, ils y acquièrent involontairement une vraie capacité de gestion de l’instabilité et en viennent à maîtriser l’incertitude, allant jusqu’à préférer les ‘petits boulots’ aux diverses formules de traitement social qu’ils perçoivent comme des zones de parcage. Ce faisant, ils font à la fois preuve de lucidité et d’une forme d’assurance dans l’instant qui leur apprend à vivre sans savoir de quoi sera fait le lendemain. De la sorte, ils expérimentent les modes d’emploi du futur qui préfigurent des situations moins assurées, plus souples et incertaines. Mais, alors que ce parcours initiatique douloureux pourrait les mettre en position de reconstruire un avenir à partir de ces bases, les enquêtes disent aussi que les mêmes jeunes reportent à plus tard leurs espoirs d’installation dans la vie et leurs objectifs d’un emploi stable, avec l’intention de retrouver les rails de leurs parents et les modèles d’autrefois. En voulant croire à une parenthèse en l’attente du retour à un monde meilleur, mais ancien, ils gâchent peut-être la seule chance de sortie. A partir de cette galère qu’ils connaissent si bien, ils seraient en effet les seuls à pouvoir et à savoir extraire les modes d’organisation sociale de demain.’ (Alain Lebaube, *Le Monde*, 25 octobre 1995.)<sup>30</sup>

Die prekären Beschäftigungen gehen zu Lasten der unbefristeten Vollzeitverträge. Vor allem Frauen stehen seitdem in ungesicherten Arbeitsverhältnissen.

Diesen Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt versuchte die Regierung mit Maßnahmen wie Einführung der 35-Stunden-Woche und Senkung der Arbeitskosten zu begegnen.

Grundlage des französischen Sozialmodells bildet die Erwerbsarbeit. Faktoren wie Arbeitslosigkeit und zunehmende Prekarisierung der Arbeit höhlen diese Basis langsam aus. Trotzdem ist der Arbeitskampf seit 1985 zurückgegangen, vor allem aufgrund zunehmender sozialer Unsicherheit.<sup>31</sup>

Die Pfeiler des französischen Sozialstaates sind die Sozialversicherungen von 1945/46, (*Sécurité sociale*). Daneben gibt es Sozialprogramme (*actions sociales*) und Familienpolitik (*politique familiale*). Die französische Sozialversicherung wiederum gliedert sich in Kranken-, Unfall-, Familien-, Arbeitslosen- und Rentenversicherung auf, die wichtigsten

---

<sup>29</sup> Ebd., 503.

<sup>30</sup> *Le Monde*, 25 octobre 1995, zitiert nach: *Remarques*, S. 38 – 39.

<sup>31</sup> Vgl. Estèbe, Philippe: „Entstehung und Niedergang eines Sozialmodells“, in: Kimmel/Uterwedde, S. 95.

sind Kranken-<sup>32</sup> und Rentenversicherung<sup>33</sup>. Bei Arbeitslosigkeit können Leistungen aus Versicherungen (*Prestations UNEDIC*) und aus der *Allocation spécifique de Solidarité (ASS)* bezogen werden<sup>34</sup>, die Anspruchsvoraussetzungen sowie Höhe und Dauer der Leistungen variieren.<sup>35</sup>

Das französische Sozialsystem ist wesentlich beitragsfinanziert, d. h. ein bestimmter Beitrag wird vom Einkommen in die Sozialversicherung eingezahlt, aber teilweise auch steuerfinanziert durch eine allgemeine Sozialversicherungsabgabe von 2,4 Prozent auf alle Arbeits-, Kapital- und Transfer-Einkommen, die in die Kassen der Sozialversicherung fließt.<sup>36</sup>

Somit ist die Finanzierung des sozialen Schutzes von der Anzahl der Beschäftigten und von der Wirtschaftslage abhängig, mehr als in steuerfinanzierten Sozialsystemen.<sup>37</sup> Die Verhältnisse sind günstig in Phasen wirtschaftlichen Wachstums und hoher Beschäftigung. Dies traf bei der Installierung der Sozialsysteme in den Nachkriegsjahren weitgehend zu.

In Phasen stagnierender Wirtschaft und abnehmenden Beschäftigungsgrades müssen Beiträge und Leistungen neu ausbalanciert werden. Höhere Beiträge bedingen höhere Arbeitskosten, Abbau der Leistungen bedingt Umverteilung im Privathaushalt (z. B. Zusatzversicherungen, Zuzahlungen). Über die stagnierende Kaufkraft wirkt dies alles bremsend auf die Gesamtwirtschaft zurück. Entfallen aber die Zusatzversicherungen, bedeutet das die Senkung des sozialen Standards.

---

<sup>32</sup> Das französische Gesundheitswesen funktioniert nach dem „Prinzip des freien Zugangs und der bedarfsgerechten Versorgung aller Bürger unabhängig von ihrem Einkommen.“ Neumann, Wolfgang/Veil, Mechthild: „Wohlfahrtsstaat im Umbruch“, in: Kimmel/Uterwedde, S. 109. Es wird von Staat, Gewerkschaften und Arbeitgebern gesteuert und verwaltet. Das französische Gesundheitssystem gilt als sehr gut und bietet zahlreiche Sach- und Geldleistungen („allgemeinmedizinische und fachärztliche Versorgung, pharmazeutische Produkte, Laboruntersuchungen, Aufenthalt in Pflegeeinrichtungen, chirurgischen Stationen ... Geldleistungen bei Arbeitsunfähigkeit, Krankheit und Unfällen“). Ebd., S. 111.

<sup>33</sup> Die Rentenversicherung basiert auf Lohnarbeit und Beitragszahlungen. Öffentlicher Dienst und Privatwirtschaft weisen enorme Unterschiede auf: die Renten für Beschäftigte im öffentlichen Dienst sind höher, die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes können früher Rente beziehen als Beschäftigte aus der Privatwirtschaft. Vgl. ebd., S. 103.

<sup>34</sup> Die Leistungen der Versicherungen sind beitragsfinanziert (Arbeitnehmer und Arbeitgeber), die Leistungen der ASS steuerfinanziert. Ebd., S. 115, 116.

<sup>35</sup> Vgl. Hermann, S. 9, 21, 27, 34; Estèbe, Philippe: „Entstehung und Niedergang eines Sozialmodells“, in: Kimmel/Uterwedde, S. 94; Neumann, Wolfgang/Veil, Mechthild: „Wohlfahrtsstaat im Umbruch“, in: Kimmel/Uterwedde, S. 114, 115; Uterwedde, Henrik: „Französische Wirtschaft und Gesellschaft“, in: Kolboom/Kotschi/Reichel, S. 503.

<sup>36</sup> Vgl. Weisenfeld, S. 344.

<sup>37</sup> Vgl. Neumann, Wolfgang/Veil, Mechthild: „Wohlfahrtsstaat im Umbruch“, in: Kimmel/Uterwedde, S. 101 – 103, 114.

Die wirtschaftliche und demographische Entwicklung (hohe Arbeitslosigkeit, höhere Lebenserwartung, sinkende Geburtenrate) Frankreichs zwangen die Regierung zu einer Reformierung des französischen Sozialsystems. „Angesichts eines Schuldenbergs von 230 Milliarden Franc droht nämlich die Zahlungsunfähigkeit; außerdem behindert das Defizit Frankreichs Beitritt zur Euro-Währung“.<sup>38</sup>

Die Reform betraf besonders die Renten- und Krankenversicherung, die zusammen über 70 Prozent der Sozialausgaben ausmachen. Die Reformen der Renten seit 1990 umfaßten „Kürzungen der Rentenanwartschaften und der Rentenleistungen der gesetzlichen Systeme“<sup>39</sup>. Die Rentenreform von 1993, Balladur-Reform genannt, änderte grundlegend das Rentenbasissystem (u. a. Erhöhung der Beitragszeiten von 37,5 auf 40 Berufsjahre für einen Renteneintritt mit 60 Jahren ohne Abzüge). Die Jahrgänge nach 1933 müssen für die gesetzlichen Renten aufkommen. Die Reform betraf lediglich Arbeitnehmer aus der Privatwirtschaft, nicht aus dem öffentlichen Dienst. Somit vergrößerten sich die Unterschiede zwischen privatem Sektor und öffentlichem Dienst weiter. Wegen der Infragestellung des Fortbestandes der gesetzlichen Renten sorgen viele Franzosen vor: auf privatem Weg mittels Sparverträgen und Lebensversicherungen oder mit Betriebsrenten.<sup>40</sup>

Die beiden Hauptprobleme des französischen Gesundheitswesens lagen und liegen in dem ständig anwachsenden Defizit der Krankenkassen<sup>41</sup> und der stets unübersichtlicher werdenden Organisation des Gesundheitswesens (Leistungsangebot und -nachfrage, Steuerung durch den Staat). Zahlreiche Reformen wie z. B. die Erhöhung der Selbstbeteiligung der Versicherten in der Basisversorgung und Veränderungen im Finanzierungssystem konnten das Defizit nicht begleichen.<sup>42</sup>

---

<sup>38</sup> Bonse, Eric (1995), in: *Der Tagesspiegel* 15465, 1. Dezember 1995, S. 3.

<sup>39</sup> Neumann, Wolfgang/Veil, Mechthild: „Wohlfahrtsstaat im Umbruch“, in: Kimmel/Uterwedde, S. 105.

<sup>40</sup> Vgl. ebd., S. 101, 102, 105 – 107.

<sup>41</sup> Die Gesundheitsausgaben steigen sogar mehr als das Bruttoinlandsprodukt (BIP). Ebd., S. 112.

<sup>42</sup> Für Arztkonsultationen, Analysen, Laboruntersuchungen, Medikamente und Krankenhausaufenthalte müssen die Versicherten nun ein höheres Entgelt entrichten. Dies führte lediglich zu einem Anstieg der Zusatzversicherungen. Auch die Einführung der Sozialabgabe CSG und die durch den Staat gesteuerte Begrenzung der Ausgaben haben keine Abhilfe schaffen können. Ebd., S. 111 – 113.

Für Frankreich gilt: Hinreichende soziale Sicherung ist nur bei Erwerbsarbeit gegeben. Seit den 90er Jahren ist ein Teil der Bevölkerung sozial und rechtlich nicht mehr abgesichert. Dies betrifft auch einen Teil der arbeitsfähigen Bevölkerung: Frauen, ausländische Jugendliche und Personen über 50 Jahre. Ihren Zeit-, Teilzeit- und Leiharbeitsverträgen folgt häufig die Arbeitslosigkeit. Diese Situation führt später oft in die soziale Ausgrenzung.

Die zunehmende Hinwendung zum Islam stellt für den laizistischen Staat Frankreich mit seinen republikanischen Werten ein Problem dar. Es verweist aber auch auf einen Widerspruch innerhalb des französischen Sozialsystems: Der geforderten Anpassung an die Republik wie z. B. das Kopftuchverbot in Schulen steht der Ausschluß eines Teils der Bevölkerung vom Sozialsystem gegenüber. Deshalb bedarf es einer dringenden Reform des Sozialstaates bzgl. des Arbeitsrechtes und sozialen Schutzes oder eines neuen Sozialmodells, das nicht einen Teil der Bevölkerung ausschließt, sondern die gesamte Bevölkerung einbezieht.<sup>43</sup>

---

<sup>43</sup> Vgl. Becker, S. 734 – 742; Estèbe, Philippe: „Entstehung und Niedergang eines Sozialmodells“, in: Kimmel/Uterwedde, S. 97 – 99; Uterwedde, Henrik: „Französische Wirtschaft und Gesellschaft“, in: Kolboom/Kotschi/Reichel, S. 503, 504.

### 1.3 Die Präsidentschaftswahlen 1995

Nach dem Wahlsieg von RPR und UDF bei den Parlamentswahlen 1993 begann im folgenden Jahr die Nominierung der Kandidaten für die Präsidentschaftswahl im April 1995. Im bürgerlichen Lager (RPR) bekundeten Jacques Chirac und Edouard Balladur ihr Interesse am Amt des Staatspräsidenten. Balladur – zu diesem Zeitpunkt Premier – rechnete sich wegen seiner Seriosität, Popularität sowie einer besseren wirtschaftlichen Lage ernsthaft Chancen auf das Präsidentenamt aus. In einem Artikel der FAZ wurde Mitterrand folgendermaßen zitiert:

‘... Nichts zu tun, die Entscheidungen auf später zu verschieben, mutige Entschlüsse zu vertagen hieße, die gesamte soziale Sicherung in Zukunft schwerer Gefahr auszusetzen.’ Dieser Vorwurf richtet sich unausgesprochen gegen Regierungschef Balladur, der unangenehmen Entscheidungen ausweicht, um seine Chancen als potentieller Präsidentschaftskandidat nicht zu beeinträchtigen.<sup>44</sup>

Im Lager der Sozialisten verzichtete der schwerkranke Mitterrand auf eine weitere Kandidatur. So wurde als glaubwürdiger Kandidat der von Affären und Korruption unbelastete Lionel Jospin als Kandidat aufgestellt.<sup>45</sup>

Im ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen am 23.04.1995 erreichte Jospin mit 23,3 Prozent der Stimmen den höchsten Anteil. Es folgten Chirac (ca. 20,8 Prozent), Balladur (ca. 18,6 Prozent) und Le Pen (15 Prozent).<sup>46</sup>

Zentrale Themen des sich danach zum zweiten Wahlgang entwickelnden Wahlkampfes zwischen Jospin und Chirac waren nach der wirtschaftlichen Umsteuerung durch die EU-Anpassung die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die soziale Sicherheit. Besonders geprägt wurde der Wahlkampf durch Chiracs Motto „*contre la fracture sociale*“, mit dem er die sozialen Brüche und die drohende Spaltung der Gesellschaft thematisierte. Im Herbst 1994 waren 3,5 Millionen Menschen in Frankreich arbeitslos, d. h. zwölf Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung.

Zur Schaffung von neuen Arbeitsplätzen schlug Jospin vor, die Wochenarbeitszeit innerhalb von zwei Jahren auf 37 Stunden zu verkürzen. Um neue Arbeitsplätze zu finanzieren, sollten Kapitaleinkünfte zur Mitfinanzierung der Soziallasten und zum Abbau der Staatsschuld herangezogen werden (Ausnahme: Sparguthaben), die Sozialsteuer CSG (*Contribution sociale généralisée*) und die Körperschaftssteuer auf nicht ausgeschüttete Gewinne von 33 Prozent auf 40 Prozent erhöht werden. Diese neugeschaffenen Arbeits-

---

<sup>44</sup> „Soziale Sicherheit...“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* 219, 20. September 1994.

<sup>45</sup> Vgl. Martens, Stefan: „Frankreich seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs“, in: Hinrichs, S. 452, 453; Loth, Wilfried: „Von der IV. zur V. Republik“, in: Kimmel/Uterwedde, S. 80; Sieburg, S. 211, 212.

<sup>46</sup> Vgl. Loth, Wilfried: „Von der IV. zur V. Republik“, in: Kimmel/Uterwedde, S. 80, Sieburg, S. 212.

plätze sollten zur Sanierung der Vorstädte, zum Ausbau der Altenpflege sowie zur Lösung von Umweltproblemen dienen. Chiracs Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung bestanden in einem Sonderprogramm, um Langzeitarbeitslose einzugliedern, und in der Belebung der Binnenkonjunktur.<sup>47</sup>

Beide Kandidaten sprachen sich in den Bereichen Arbeitsbeschaffung und Sozialpolitik für die Senkung der Lohnkosten für unqualifizierte Arbeiter, indem deren Sozialabgaben zu Lasten hoher Gehälter oder des Staatshaushaltes vermindert werden, sowie die Erhöhung von Löhnen und Renten aus. Die Wohnungsnot der neuen Armen sollte Jospin zufolge der Staat lindern, Chirac erwog höhere Subventionen für Wohnungserwerber.<sup>48</sup>

Chirac warb im sozialpolitischen Bereich allgemein für Sozialreformen und den Abbau öffentlicher Defizite. Das neue Defizit der Sozialversicherung sollte am Staatshaushalt vorbei auf den Staat übertragen werden. In der Wirtschafts- und Finanzpolitik schlug Chirac eine provisorische Erhöhung der Mehrwertsteuer von 18,6 Prozent auf 20 Prozent vor. Im Gegenzug sprach er sich für Steuersenkungen und den Abbau von Abgaben aus. Die Staatsfinanzen sollten mit einer Belebung der Binnen-Konjunktur saniert werden. Seiner Meinung nach bedurfte es einer größeren Leistungsfähigkeit der Unternehmen, damit die französische Wirtschaft gesunden könne. Sowohl Jospin, als auch Chirac waren der Ansicht, daß Frankreich frühestens 1999 die Stabilitätskriterien für den Euro erfüllt.<sup>49</sup>

Gesellschaftspolitisch kündigte Chirac Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit an. In Bezug auf die Einwanderungspolitik unterbreitete er den Vorschlag, illegale Einwanderer auszuweisen und Ausländern die französische Staatsangehörigkeit nicht aufzudrängen. Dagegen strebte Jospin eine Änderung der bestehenden Personenkontrollen gegenüber illegalen Einwanderern und des Staatsangehörigkeitsrechts, daß in Frankreich geborene Ausländerkinder erklären müssen, ob sie Franzosen werden wollen.<sup>50</sup>

Chirac strebte „nach der europäischen Regierungskonferenz 1996 ein weiteres Europa-Referendum in Frankreich“<sup>51</sup> an.

Der Wahlkampf zur Präsidentschaftswahl 1995 wurde von sozialen Auseinandersetzungen, Demonstrationen, Lohnkämpfen und kürzeren Streiks begleitet.<sup>52</sup>

---

<sup>47</sup> Vgl. „Soziale Sicherheit ...“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* 219, 20. September 1994; „In Frankreich...“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* 103, 4. Mai 1995.

<sup>48</sup> Vgl. „In Frankreich...“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* 103, 4. Mai 1995.

<sup>49</sup> Ebd.; vgl. „Chirac oder Jospin...“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* 105, 6. Mai 1995; Weisenfeld, S. 342.

<sup>50</sup> Vgl. „In Frankreich...“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* 103, 4. Mai 1995.

<sup>51</sup> „Chirac oder Jospin...“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* 105, 6. Mai 1995.

<sup>52</sup> Vgl. Weisenfeld, S. 342.



Nach zwei vergeblichen Versuchen 1981 und 1988 gewann Chirac den zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen am 07.05.1995 mit 52,6 Prozent gegen den Mitbewerber Jospin. Damit wurde Chirac fünfter Präsident der V. Republik.<sup>53</sup> Er hatte es verstanden, „sich als volksnaher Reformierender zu präsentieren, welcher der sozialen Ungerechtigkeit den Kampf ansagte und die Untätigkeit der bisherigen Regierung geißelte.“<sup>54</sup> Diese Taktik war erfolgreich trotz der ungelösten innenpolitischen Probleme und trotz der sich verschärfenden sozialen Lage der französischen Bevölkerung infolge der Sparpolitik der Regierung Balladur, um die Stabilitätskriterien für Maastricht einzuhalten.<sup>55</sup>

Jacques Chirac löste François Mitterrand als Staatspräsident ab. Dieser hatte die politische und wirtschaftliche Integration Frankreichs in die Europäische Union erreicht.<sup>56</sup>

Seit ihrem Bestehen hat die V. Republik auch strukturelle Probleme zu verzeichnen, die sich zunehmend als kritisch erweisen.

Der zentralistische Staatsaufbau, die Machtballung in Händen des Staatspräsidenten, die radikal beschnittene Rolle des Parlaments, die verzerrte Repräsentation der Wählerstimmen durch das Mehrheitswahlrecht und auch die soziale Homogenität der politischen und Verwaltungseliten führen zu einem Demokratiedefizit und einem Effizienzproblem der V. Republik... In politischen Systemen mit großer Machtkonzentration ist die systemische Lernfähigkeit – und damit die Anpassungsfähigkeit an veränderte soziale, wirtschaftliche und politische ... Bedingungen – tendenziell geringer entwickelt als in politischen Systemen mit geringerer Machtkonzentration. ... Zwischen dem citoyen und dem Staat fehlen weiterhin die forces intermédiaires als Interessenvermittlungsinstanz.<sup>57</sup>

Nach seinem Wahlsieg unterstrich Chirac den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit.

Die Wachstumskräfte der Unternehmen und ihre Bereitschaft, Neueinstellungen vorzunehmen, will er durch eine Senkung der Abgabenlast sowie durch Lohnsubventionen für Langzeitarbeitslose fördern. Die private Nachfrage soll durch die Erhöhung von gesetzlichem Mindestlohn und Renten sowie einer Senkung der Einkommensteuer stimuliert werden. ... Im Kontrast zu den Wahlversprechen stehen die vagen Angaben zur Finanzierung seiner Programme. Bisher ist lediglich die vorübergehende Erhöhung der Mehrwertsteuer geplant – allerdings eher wegen der horrenden Defizite der Sozialversicherung... Auf den geplanten Nachtragshaushalt darf man gespannt sein, zumal Chirac versprochen hat, das Budgetdefizit von derzeit 6 % bis 1999 auf 3 % zu reduzieren, um für die Währungsunion bereit zu sein.<sup>58</sup>

Alain Juppé wurde Mitte Mai 1995 zum neuen Premierminister ernannt. Am 15.11.1995 stellte er den nach ihm benannten *Plan Juppé* zur Reform der Sozialversicherung vor.

---

<sup>53</sup> Die V. Republik besteht seit 1958. Ihre Staatsoberhäupter waren 1958 - 1969 De Gaulle, 1969 – 1974 Georges Pompidou, 1974 – 1981 Valéry Giscard d'Estaing und 1981 – 1995 François Mitterrand.

<sup>54</sup> Loth, Wilfried: „Von der IV. zur V. Republik“, in: Kimmel/Uterwedde, S. 80.

<sup>55</sup> Vgl. ebd.; vgl. Martens, Stefan: „Frankreich seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs“, in: Hinrichs, S. 452; Sieburg, S. 212; Tiemann, Dieter: „Frankreich im 20. Jahrhundert“, in: Kolboom/Kotschi/Reichel, S. 419.

<sup>56</sup> Vgl. Altwegg, Jürg: „Politische Kultur der V. Republik“, in: Kolboom/Kotschi/Reichel, S. 497; Hüttenberger, Peter/Loth, Wilfried: „Frankreich seit dem Zweiten Weltkrieg (1944 bis heute)“, in: Loth, S. 271 – 273; Loth, Wilfried: „Von der IV. zur V. Republik“, in: Kimmel/Uterwedde, S. 76 – 78; Martens, Stefan: „Frankreich seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs“, in: Hinrichs, S. 439, 440, 446 – 448; Sieburg, S. 193 – 197; Tiemann, Dieter: „Frankreich im 20. Jahrhundert“, in: Kolboom/Kotschi/Reichel, S. 418.

<sup>57</sup> Lasserre/Schild/Uterwedde, S. 112.

<sup>58</sup> Dorfs, Joachim (1995), in: *Handelsblatt* 89, 9. Mai 1995.

## 2 Die französische Gewerkschaftsbewegung der 90er Jahre

### 2.1 Die französischen Gewerkschaften

Die französische Gewerkschaftsbewegung ist sehr zersplittert. Zu den repräsentativen Gewerkschaften Frankreichs zählen CGT (*Confédération générale du travail*), FO (*Force ouvrière*), CFDT (*Confédération française démocratique du travail*), CFTC (*Confédération française des travailleurs chrétiens*), FEN (*Fédération de l'éducation nationale*) und CGC (*Confédération générale des cadres*).

Charakteristisch für die politisch ausgerichteten Gewerkschaften wie CGT und CFDT ist die große Nähe zu linken Parteien (PCF, PS).

Die CGT ist eine kommunistische Richtungsgewerkschaft, die der PCF nahe steht. Sie „strebt als Fernziel die Überwindung der kapitalistischen Gesellschaft an.“<sup>59</sup>. Die CGT ist nach der CFDT die zweitgrößte französische Gewerkschaft, erringt bei Berufs- und Sozialwahlen<sup>60</sup> meist die höchsten Stimmenanteile. In Arbeits- und Lohnkämpfen ist sie nicht so kompromißbereit wie andere Gewerkschaften. Das hierarchische Verhältnis von Gewerkschaftsdelegierten und Streikenden kommt in folgender Beobachtung von Baretts zum Ausdruck:

Die sehr lange Werkbank in der Mitte unterstreicht noch den förmlichen Charakter der Eisenbahner-VV: Während sich die Delegierten auf der einen Seite der Werkbank bereitmachen, befindet sich die Masse der Eisenbahner auf der anderen Seite. Eine Anordnung, die es schwer zuläßt, daß auch andere als die dafür vorgesehenen Delegierten das Wort ergreifen können.<sup>61</sup>

Ein weiteres Beispiel für den Widerspruch zwischen egalitärem CGT-Diskurs und hierarchischer Realität zeigt dieser Auszug aus dem Streiktagebuch von Baretts:

‘Ganz augenscheinlich zeugt die schöne Einheit zwischen unten und oben, in den Diskursen des Delegierten so gepriesen, eher von der CGT-Rhetorik und Wunschenken als von der Realität. Im übrigen beweist auch die Situation, daß die hierarchischen Beziehungen zwischen Chefs und Untergebenen durch den Streik bei weitem noch nicht abgeschafft worden sind. Niemand wagt es, dem Chefdelegierten zu widersprechen und niemand fängt eine richtige Diskussion mit ihm an. Nachdem er damit fertig war, die Anwesenden zu kontrollieren, zieht er sich nach einiger Zeit zurück. In seiner Rolle als kleiner Chef in normalen Zeiten bis hin zu der, die er sich im Streik besorgt hat, scheint es keine große Veränderung gegeben zu haben...’<sup>62</sup>

Die nach Mitgliedern größte Gewerkschaft ist die sozialistische CFDT, die der PS nahe steht. Die CFDT streitet für einen *socialisme autogestionnaire*, „d. h. vom Gedanken der Verwaltung der Produktionsmittel durch die unmittelbaren Produzenten, aber auch der

---

<sup>59</sup> Lüger, S. 206.

<sup>60</sup> Gemeint sind damit die Wahlen zu den Betriebsausschüssen, den Personaldelegierten und Arbeitsschiedsgerichten sowie die Sozialwahlen.

<sup>61</sup> Baretts/Bourdieu, S. 30.

<sup>62</sup> Ebd., S. 47.

Selbstverwaltung der Bürger in ihren verschiedenen Lebenszusammenhängen (Wohnen, Freizeit usw.).<sup>63</sup> Sie wird als offen „für spontane, basisdemokratische Aktionsformen“<sup>64</sup> beschrieben. Die Bewegung von 1995/96 beweist, daß die Basis auch gegen die Führung handelt: Obwohl sich die Vorsitzende Nicole Notat gegen eine Teilnahme an den Streiks aussprach, folgte die Basis diesem Aufruf nicht.

Auch die FO gehört zu den großen Gewerkschaften Frankreichs. Sie betrachtet sich selbst als reformistisch, streng antikommunistisch und den Sozialdemokraten nahe stehend.<sup>65</sup> Sie bezieht sich auf die Charta von Amiens (1906), die sich für eine Trennung von den politischen Parteien ausspricht. Die Zielsetzungen der FO sind nicht gesellschaftspolitischer Art, sondern die „Trennung von politischem und gewerkschaftlichem Mandat und das Bemühen um Konzertierung mit Regierung und Unternehmern“<sup>66</sup>. Mit der Wahl von Marc Blondel gewann die trotzkistische Minderheit an Einfluß. Damit verbunden war eine teilweise Radikalisierung. Dies äußerte sich auch in der Streikbewegung 1995/96, in der FO und CGT eine wichtige Rolle gespielt haben.

Die unbedeutendere CFTC ist „der katholischen Soziallehre verpflichtet und propagiert ein sozialpartnerschaftliches, Kampfmaßnahmen vermeidendes Vorgehen“<sup>67</sup>. Zu ihren Mitgliedern gehören – wie bei CGT, CFDT und FO – vor allem Arbeiter und Angestellte.

Bei der CGC sind Führungskräfte, Meister, Ingenieure, Techniker und Handelsvertreter organisiert; weitaus mehr Mitglieder dieser Berufsgruppen sind in CGT, FO und CFDT vertreten. Sie gilt als gemäßigt, „setzt ganz auf Konzertation und lehnt die Arbeitskämpfungsmittel anderer Gewerkschaften, da klassenkämpferischer Natur, ab“<sup>68</sup>.

Die FEN war zum Zeitpunkt der Streikbewegung von 1995/96 eine linksausgerichtete Lehrgewerkschaft, unter deren Dach 43 Einzelgewerkschaften vereinigt sind, so z. B. Grundschullehrer-, Sekundarschullehrer- und Hochschullehrerverband, Verbände für Forscher und Verwaltungspersonal. In der FEN sind u. a. sozialdemokratische, kommunistische, sozialistische, trotzkistische Tendenzen vertreten. Ende 2000 löste sich die FEN auf, restliche Mitglieder gingen zur UNSA-Education.<sup>69</sup>

---

<sup>63</sup> Fekl, Walther: „CFDT“, in: Doll et al., S. 154, 155.

<sup>64</sup> Lüger, S. 206.

<sup>65</sup> Trotzdem zählen Anhänger der extremen Linken wie Trotzlisten und Anarchosyndikalisten ebenso zu ihren Mitgliedern. Vgl. Fekl, Walther: „FO“, in: Doll et al., S. 402.

<sup>66</sup> Lüger, S. 207.

<sup>67</sup> Ebd.

<sup>68</sup> Ebd., S. 208.

<sup>69</sup> Vgl. Doll, Jürgen/Taubert, Fritz: „FEN“, in: Doll et al., S. 387 – 389; Fekl, Walther: „CFDT“, in: Doll et al., S. 153 – 158, 160 – 164, 401 – 405; Fischer/Haensch, S. 27, 28, 212; Lüger, S. 206 – 208; Schmidt, Bernhard: „CGC“, in: Doll et al., S. 159.

Ein weiteres Merkmal ist die Aufteilung der französischen Gewerkschaften in Dienstleistungs- und Verwaltungsorganisationen (*syndicalisme de service* oder *gestionnaire*) zum einen sowie Kampforganisationen zum anderen.

Nach Fekl bestimmt eine Konfliktkultur die französischen Gewerkschaften, im Gegensatz zur Kompromißkultur in Deutschland oder Österreich. Tarifbewegungen werden somit als Interessenvertretung der Arbeitnehmer verstanden.<sup>70</sup> Trotzdem wird in Frankreich soziale Absicherung mehr durch Gesetze als durch Tarifverhandlungen erreicht.

## 2.2 Zur Krise der französischen Gewerkschaften

Charakteristisch für die französischen Gewerkschaften ist der abnehmende Organisationsgrad. Er sank zu Beginn der 90er Jahre auf zehn Prozent der Arbeitnehmer, Mitte der 90er Jahre sieben bis neun Prozent. Damit weist Frankreich den niedrigsten gewerkschaftlichen Organisationsgrad aller Industrienationen auf. Von den Gewerkschaftsmitgliedern arbeiten mehr als 60 Prozent „im öffentlichen Dienst und diesem angegliederten Einrichtungen ..., obwohl in diesem Sektor weniger als 30 % der Beschäftigten arbeiten“<sup>71</sup>. Im öffentlichen Dienst sind somit über 15 Prozent, aus der Privatwirtschaft etwa fünf Prozent gewerkschaftlich organisiert. Es handelt sich also um Minderheiten, die in den Gewerkschaften organisiert sind. Ein weiteres Anzeichen für die Krise ist der Rückgang von Gewerkschaftsanteilen bei den Sozialwahlen, an denen die Wahlbeteiligung abnimmt und Kandidatenlisten zunehmend fehlen. In der Privatwirtschaft finden sich auf den Kandidatenlisten verstärkt Kandidaten ohne Gewerkschaftszugehörigkeit. Bei den Berufswahlen geht die Wahlbeteiligung ebenfalls zurück, unorganisierte Arbeitnehmer gewinnen an Stimmen auf Kosten der großen Gewerkschaften. Die Anzahl der gewerkschaftlichen Sektionen in den Betrieben geht zurück.

Gründe für den schwachen Organisationsgrad vermutet Lüger in den geringen Mitwirkungsmöglichkeiten und der Tendenz, soziale Fortschritte häufig auf dem Gesetzeswege einzuführen. Ersteres beruht auf den Zielsetzungen und konfliktorientierten Aktivitäten der Gewerkschaften.<sup>72</sup> Diese haben die soziale Mitgestaltung als reformistisch,

---

<sup>70</sup> In Deutschland existiert eine Einheitsgewerkschaft mit sozialdemokratischer Ausrichtung, aber auch Einbindung der CDU-Sozialausschüsse. Im Gegensatz zu Frankreich herrscht in Deutschland eine Kompromißkultur vor: Die Verhandlungen mit den Arbeitgebervertretungen werden als gemeinsame Organisation der Arbeitsbeziehungen (einschließlich Tarife) verstanden. Die deutschen Gewerkschaften verwalten die Kranken- und Sozialversicherung mit. Vgl. Fekl, Walther: „Syndicalisme“, in: Doll et al., S. 919, 920.

<sup>71</sup> Fekl, Walther: „Syndicalisme“, in: Doll et al., S. 920.

<sup>72</sup> Lüger, S. 204.

quasi als Sozialberuhigung von oben, bewertet und vernachlässigt.<sup>73</sup> Somit war der Sinn bzw. Nutzen einer Mitgliedschaft nicht erkennbar, und es kam zu rückläufigen Mitgliederzahlen. Dabei gibt es Unterschiede zwischen öffentlichem Dienst und Privatwirtschaft sowie zwischen den einzelnen Berufsgruppen. Die oben genannte Tatsache führt zu einer Überalterung der Mitglieder. Nach Mouriaux nehmen auch die Mitgliederzahlen ab, er stellt aber fest, „daß der Mitgliederschwund sich verlangsamt.“<sup>74</sup>

Zu den Ursachen der gewerkschaftlichen Krise zählen u. a. die gehäufte Arbeitslosigkeit, zum Teil durch die Prekarisierung der Arbeit ausgelöst, die Flexibilisierung der Arbeit, die zu häufigeren Wohnortswechseln führt, sowie die Begeisterung der Franzosen für die direkte Aktion. Weitere Gründe sind die Zersplitterung in mehrere Richtungsgewerkschaften und die wenigen zur Verfügung stehenden Mittel. Die starke Bindung der Gewerkschaften an die Parteien und das ausgeprägte Konkurrenzdenken mißfallen den Arbeitnehmern. Dadurch wird ein gemeinsames Handeln oft unmöglich gemacht, und die Gewerkschaften werden geschwächt. Vielmehr plädieren die Arbeitnehmer für eine einheitliche Gewerkschaft. Die Misere wird daran deutlich, welche Aufmerksamkeit und Bedeutung dem Händedruck zwischen den Gewerkschaftsführern Blondel (FO) und Viannet (CGT) zugemessen wird, vgl. 3.3.2, 28.11.1995!

Auch die wirtschaftliche Situation verstärkt die Probleme der Gewerkschaften. Mouriaux führt allgemeine Gründe an „wie die Veränderungen des Arbeitsmarktes und die Auswirkungen der neuen innerbetrieblichen Unternehmensorganisation“<sup>75</sup>, Kempf die veränderte Struktur der Binnenwirtschaft (Massenarbeitslosigkeit, „Betriebsstillegungen in klassischen Sektoren, wie der Montan- und Stahlindustrie“<sup>76</sup>), den qualitativen sowie quantitativen Zuwachs der Dienstleistungs- und High-Tech-Bereiche, den „Prozeß der raschen ökonomischen Internationalisierung, der mit Erscheinungen wie Branchenverlagerungen ins lohngünstigere Ausland sowie vermehrte Billigimporte“<sup>77</sup> und die wirtschaftliche Struktur des Landes mit vielen Kleinbetrieben, deren Beschäftigte selten einer Gewerkschaft beitreten.

‘Er [der technische Wandel] fördert den Anstieg hochtechnologischer Bereiche mit traditionell niedrigem gewerkschaftlichen Organisationsgrad, macht die traditionellen Branchen obsolet und provoziert damit die Krise und den Niedergang altindustrialisierter Regionen mitsamt ihren gewerkschaftlichen Bastionen.’<sup>78</sup>

---

<sup>73</sup> Vgl. Fekl, Walther: „Syndicalisme“, in: Doll et al., S. 919.

<sup>74</sup> Mouriaux, S. 221.

<sup>75</sup> Ebd., S. 225.

<sup>76</sup> Kempf, S. 259.

<sup>77</sup> Ebd.

<sup>78</sup> Rehfeldt, Udo: „Die Strukturkrise der Gewerkschaften“, in: *Frankreich-Jahrbuch 1991*, S.102, zitiert nach: Lüger, S. 205.

Ein weiterer Grund für den niedrigen Organisationsgrad und die geringen Mitgliederzahlen ist die bedeutende Rolle, die dem Staat in den Arbeitsbeziehungen zukommt. Er entscheidet über die Höhe des gesetzlichen Mindestlohnes SMIC jedes Jahr neu, daneben auch über Kündigungen und Senkungen der Arbeitszeit.

Die oben angeführten Gründe schwächen die großen Gewerkschaften. Demzufolge wird weniger gestreikt. Es haben sich aber dafür neue Formen der Streikorganisation wie spontane Aktions- oder Streikkomitees, sogenannte *Coordinations*, gebildet. Mitglieder und Führungen der großen Gewerkschaften haben sich voneinander entfernt. Aus Angst vor Arbeitslosigkeit und allgemeiner Unzufriedenheit der Bevölkerung sind das Ansehen der Gewerkschaften, das Vertrauen und die Hoffnung in sie trotz allem gestiegen. Die Gewerkschaften sind an einem Punkt angelangt, wo sie sich entweder den gegebenen Verhältnissen mit ihren Veränderungen anpassen oder sich vollkommen neu definieren müssen. Dazu bedarf es einheitlicherer Aussagen über Zielsetzungen und Einsatz der finanziellen Mittel sowie gemeinsamer Aktionen. Zumindest letztere demonstrieren CGT und CFDT, die eine gemeinsame Aktionsfront gebildet haben. Sie soll einen Beitrag zur Annäherung von Basis und Gewerkschaftsführung leisten und der Zersplitterung der Gewerkschaften entgegenwirken. Der hierarchische Aufbau der Gewerkschaften müsste zu demokratischeren Entscheidungsstrukturen umgestaltet werden. Man vermisst die Mitwirkung der Basis bei politischen Entscheidungen. Thé beleuchtet spezifische Aspekte der Zersplitterung der Gewerkschaften und ihre Konkurrenz um die Rolle des Ansprech- und Verhandlungspartners für die Regierung.<sup>79</sup>

Die in der fortgeschrittenen Phase „von den Gewerkschaften bestimmten Streiks von Ende 1995 scheinen jedoch den Beginn einer gewissen Stabilisierung der Gewerkschaften – auf freilich recht niedrigem Niveau – darzustellen.“<sup>80</sup> Die Dynamik der Bewegung zwang die konkurrierenden Gewerkschaften zum zeitweiligen Zusammengehen.

In Zukunft wird die Zusammenarbeit der Gewerkschaften auf europäischer bzw. internationaler Ebene eine wesentliche Rolle spielen. Den internationalen oder globalen Strukturen der Wirtschaft oder der staatlichen Institutionen in der EU kann auf Arbeitnehmerseite mit zersplitterten Organisationen nicht effizient begegnet werden. Ein Neuanfang verlangt ein Mehr an Einheit und das Ja zur autonomen Aktion, um mit Mouriaux zu sprechen.<sup>81</sup>

---

<sup>79</sup> Vgl. Thé, S. 53 – 74.

<sup>80</sup> Fekl, Walther: „Syndicalisme“, in: Doll et al., S. 921.

<sup>81</sup> Vgl. Mouriaux, S. 220 – 227. Dominique Labbé vertieft in ihrem Aufsatz „La crise du syndicalisme français“ diese Problematik.

## 2.3 Streikbewegungen und Gewerkschaften

Wenn Berufstätige nicht mehr arbeiten gehen und entgegen dem Streikrecht (Urabstimmung, Warnstreik, ...) und unabhängig von den Gewerkschaften zu streiken beginnen, werden diese Streiks aus deutscher Sicht wilde Streiks genannt, in Frankreich *grèves sauvages*. In Frankreich finden solche Streiks häufiger statt, weil das Gros der Arbeiter – wie schon dargestellt – gewerkschaftlich nicht organisiert ist. Sie sind ein Zeichen für die Schwäche der französischen Gewerkschaften. Aus diesen wilden Streiks kann eine Streikbewegung erwachsen.

Erst dann schalten sich die Gewerkschaften ein. Sie handeln für die Arbeitnehmer Zugeständnisse aus, sie übernehmen die Führung und bringen damit den Streik unter ihre Kontrolle. Diese ist nötig, um Verhandlungen mit dem Arbeitgeber zu führen. Die Akzeptanz der Gewerkschaften als Tarifpartner liegt in ihrer Fähigkeit begründet, die Streikenden zum Abbruch der Streiks bewegen zu können. Nach Tarifabschlüssen versuchen die Gewerkschaften ihrem Versprechen gegenüber den Verhandlungspartnern gemäß, die Streiks einzudämmen. Nach diesem Muster sind bereits viele Streikbewegungen (Mai '68, 1995/96) abgelaufen, es kehrt also historisch immer wieder. Bei Baretts gibt Alex von der FO eine historische Erfahrung wieder:

Alex antwortet auf diese Frage, daß 'die CGT nicht ewig in die richtige Richtung geht' (d. h. im Sinne einer Ausweitung und Radikalisierung der Bewegung), daß 'sie, wie üblich, von einem Augenblick zum nächsten das Hemd wechselt und die Arbeiter sich umsonst bemüht haben werden.'<sup>82</sup>

Die Streikenden arbeiten u. a. mit direkten Aktionen. Die Konzeption der *action directe*, wie Streik, Fabrikbesetzung, Boykott und Sabotage hat ihren Ursprung im Anarchosyndikalismus. Dieser war von 1890 bis 1914 vordergründiger vertreten, danach spielte er nur noch eine untergeordnete Rolle. Den Beginn des Anarchosyndikalismus (*syndicalisme révolutionnaire*) stellt die Schaffung von *Bourses du travail*, kleinere Arbeitsvermittlungen, dar. 1894/95 schlossen sich verschiedene Gewerkschaftsbewegungen mit unterschiedlicher ideologischer Ausrichtung zu einer einheitlichen Gewerkschaft, der CGT, unter der Führung der Anarchosyndikalisten zusammen. Mit der Zusammenlegung von CGT und der *Bourses du travail* (1902) ist die Organisation erheblich gestrafft worden. In der Charta von Amiens (1906) sind noch einmal spezifisch anarchosyndikalistische Ansichten wie die Unabhängigkeit von politischen Parteien, die Gewerkschaft als Organisation der Arbeiter zum Ausdruck gebracht worden. Oberstes Ziel dieser gewerkschaftlichen Bewegung war die Herbeiführung eines Generalstreiks der Arbeiter,

---

<sup>82</sup> Baretts/Bourdieu, S. 42.

der die kapitalistischen Produktionsverhältnisse und den Staat abschaffen sowie den Auftakt zur Revolution bilden sollte.

Doch spätestens 1914 wurde deutlich, daß die Anarchosyndikalisten nur noch eine Minderheit darstellten. Im ersten Weltkrieg schloß sich die CGT der *Union sacrée*, einem Zusammenschluß politischer Parteien, die den Krieg unterstützt haben, an, anstatt wie zuvor angekündigt zum Generalstreik aufzurufen.<sup>83</sup>

---

<sup>83</sup> Vgl. Schmidt, Bernhard: „Anarchosyndicalisme“, in: Doll et al., S. 68, 69.



## 3 Die Streikbewegung von 1995/96 in Frankreich

### 3.1 Die Ursachen für den Streik von 1995/96

Die Streikbewegung von 1995/96 begann Anfang September in einzelnen Teilen Frankreichs.

Die Ursachen für den Ausbruch der Streiks waren komplex. Zunächst waren es die allgemein stagnierende wirtschaftliche Lage und damit verbundene Ängste, Unzufriedenheit und Unsicherheiten der Bevölkerung.<sup>84</sup> David Walsh bemerkt dazu:

Der wirtschaftliche Nachkriegsaufschwung ist längst zu Ende, das politische System der Nachkriegsperiode zerfällt und der Einfluß der alten Arbeiterbürokratien ist ernsthaft unterhöhlt. In Frankreich ist der Wohlstand der Nachkriegszeit ebenso wie in den meisten anderen europäischen Ländern durch zweistellige Arbeitslosenraten und verstärkte Handelskriege abgelöst worden.<sup>85</sup>

Die politisch bedingten Veränderungen in Staat und Wirtschaft zur EU-Anpassung und deren tiefgreifenden sozialen Folgen haben diese Entwicklung erheblich forciert. Weiter sind die nicht eingehaltenen Wahlversprechen von Jacques Chirac und die enttäuschten Erwartungen der französischen Bevölkerung zu nennen. Dieser warb im Wahlkampf mit Versprechen wie Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, soziale Sicherheit und „*contre la fracture sociale*“ – gegen die soziale Spaltung der Gesellschaft.<sup>86</sup> Nach seiner Wahl im Mai 1995 führte Premierminister Juppé innenpolitisch die Linie seines Vorgängers Balladur fort. Er konzentrierte sich auf die Bewältigung wirtschaftlicher und finanzieller Probleme. Kritiker werfen ihm vor, daß er ein halbes Jahr vergehen hat lassen, bis er politische Entscheidungen getroffen hat.<sup>87</sup> Am 15. November 1995 legte Juppé ohne Abstimmung mit den Gewerkschaften seinen Plan zur Reformierung der Sozialgesetzgebung vor. Ziel des Juppé-Plans war die Senkung des Haushaltsdefizits auf 3 Prozent. Dies war Voraussetzung für den Beitritt zur Europäischen Währungsunion im Rahmen des Maastricht-Vertrags.<sup>88</sup>

---

<sup>84</sup> „En quoi et comment sommes-nous sûrs que ce qui, aujourd’hui, est acquis sera demain maintenu? Il y a peur, il y a inquiétude. Les jeunes, quant à eux, se demandent pourquoi leurs universités sont aussi mal équipées, pourquoi les formations qu’ils suivent conduisent si difficilement à un emploi. Quel avenir possible pour ceux qui, pendant des années, sont condamnés à des petits boulots dont ils se demandent s’ils leur permettront d’acquérir une installation réelle dans la société? On constate aussi l’inquiétude et la peur des salariés des entreprises publiques qui ne comprennent pas les hésitations de l’État à prescrire une politique claire pour ces entreprises. Et l’inquiétude encore due aux menaces de privatisation qui pèsent sur le service public à la française, face aux nouvelles réglementations européennes que Bruxelles agit au loin.“ Minvielle/Vacquin, S. 171, 172.

<sup>85</sup> Walsh, S. 7.

<sup>86</sup> Vgl. Loth, Wilfried: „Von der IV. zur V. Republik“, in: Kimmel/Uterwedde, S. 81;

„Frankreich zwischen Reform...“, in: *Neue Zürcher Zeitung* 280, 1. Dezember 1995, S. 3.

<sup>87</sup> Vgl. Martens, Stefan: „Frankreich seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs“, in: Hinrichs, S. 453, 454; Gsteiger, Fredy (1995), in: *Die Zeit* 49, 1. Dezember 1995, S. 41.

<sup>88</sup> Vgl. Harman; Walsh, S. 5.

Diese Politik (Juppé-Plan) war den Wahlversprechen Chiracs entgegengesetzt und ließ weitreichenden Sozialabbau befürchten. Diese unvorbereitete Aktion wurde von den Arbeitnehmern nicht akzeptiert und führte dann zum Massenstreik.

Der Juppé-Plan umfaßte Reformen der Renten, der Krankenversicherung, der Sozialleistungen (Sozialversicherung) und der Familienpolitik.

Für die Rentenregelungen bedeutete dies eine Anhebung des Rentenalters im öffentlichen Dienst um 2,5 Jahre, d. h. eine Erhöhung der Rentenbeitragsjahre von 37,5 auf 40. Das hätte eine Anpassung des öffentlichen Sektors an die wesentlich schlechteren Arbeitsbedingungen in der Privatwirtschaft zur Folge. Dem Privatsektor war eine solche Maßnahme schon 1993 auferlegt worden.

Die Reform der Krankenversicherung sah u. a. eine Erhöhung der Krankenhauskosten, Einschränkungen bei der Erstattung von Medikamenten, Senkung des Medikamentenverbrauchs sowie den Verzicht auf Facharztkonsultationen – anstelle dessen Besuch des Allgemeinarztes – vor. Desweiteren sollten die 19 Krankenkassen zu einer einzigen zusammengefaßt werden. Die französische Regierung beabsichtigte, „einen einheitlich niedrigen Sockel zu schaffen, der für die meisten Arbeiter eine Verschlechterung ihrer Leistungen bedeuten würde.“<sup>89</sup>

Die vorgeschlagene Kontrolle der Krankenkassen durch den Staat, der jedes Jahr die Leistungen reduzieren könnte, sowie die Kontrolle des Budgets der Sozialversicherung durch das Parlament hätte die gleichberechtigte Verwaltung der Krankenkassen durch Unternehmer und Gewerkschaften sowie die Mitfinanzierung der Gewerkschaften durch die Sozialversicherung beendet.

Im Bereich der sozialen Leistungen sollte eine neue Steuer von 0,5 Prozent auf alle Bruttogehälter eingeführt werden. Davon wären auch die Rentner betroffen. Weiter war eine Erhöhung der allgemeinen Sozialsteuer (CSG) und des Krankenkassenbeitrags für Rentner und Arbeitslose, die über dem Mindesteinkommen liegen, für die Jahre 1996 und 1997 um 1,2 Prozent vorgesehen.

---

<sup>89</sup> Walsh, S. 11.

Familienpolitisch war eine Besteuerung der Familienbeihilfen und Einfrierung des Kindergeldes zur Mitfinanzierung der Sozialversicherung geplant.<sup>90</sup>

Barets bezeichnete den Juppé-Plan als „Reformplan der Regierung Juppé über die Umgestaltung des gesamten Sozialsystems, in dessen Zentrum ein Vorschlag zur Sanierung der Renten der Eisenbahner stand, der eine Anhebung des Rentenalters und Rentensenkungen zur Folge gehabt hätte.“<sup>91</sup> Die Maßnahmen des Juppé-Plans trafen jedoch alle Arbeiter, besonders die des öffentlichen Sektors.<sup>92</sup>

Ziel des Juppé-Plans war die Senkung des Haushaltsdefizits auf drei Prozent. Dies war Voraussetzung für den Beitritt zur Europäischen Währungsunion im Rahmen des Maastricht-Vertrags.<sup>93</sup>

Andere „Reformen“ wurden einige Tage später nach der Unterbreitung des Juppé-Plans angekündigt: der Planvertrag zwischen Staat und der Staatsbahn SNCF (28.11.1995). Er diente zur Entschuldung der defizitären SNCF und beinhaltete den Abbau von 73 000 Arbeitsplätzen sowie die Stilllegung von 6 000 km defizitären Bahnstrecken. Für die 175 Milliarden FF Schulden der SNCF war der Staat verantwortlich: Die SNCF mußte selbst für die TGV-Strecken (Hochgeschwindigkeitszug) aufkommen, der Staat wollte 37 Milliarden FF Schulden übernehmen. Auch dies war Inhalt des Juppé-Plans. Die SNCF war zudem teilweise von Privatisierung bedroht, ebenso die staatliche Telefon- und Telekommunikations-Gesellschaft, *France-Télécom*.<sup>94</sup>

Mit der Vorlage des Juppé-Plans am 15.11.1995 wurde die Streikbewegung zur Massenbewegung.

### **3.2 Die Streikenden und ihre Forderungen**

Den Kern der Streikbewegung bildeten die Eisenbahner. Beschäftigte des städtischen Nahverkehrs, der Flughäfen, der Schifffahrt, der Post, der Telekom, der Elektrizitäts- und Gaswerke, der Universitäten und Hochschulen, Lehrer, Schüler und an Schulen Beschäftigte, kommunale Angestellte, Beschäftigte des öffentlichen Dienstes (wie Müllabfuhr, Krankenpfleger und andere), Drucker, Feuerwehrleute, Bergarbeiter, Angestellte in der Metallindustrie, Arbeitslose sowie die Gewerkschaften (u. a. CGT, FO, CFDT) folgten der

---

<sup>90</sup> Vgl. Bérout/Mouriaux, S. 188 ; Harman ; Minvielle/Vacquin, S. 62, 63 ; Neumann, Wolfgang/Veil, Mechthild: „Wohlfahrtsstaat im Umbruch“, in: Kimmel/Uterwedde, S. 107; Walsh, S. 5, 7 – 9, 11 – 13, Wildcat, S. 47 – 52.

<sup>91</sup> Barets/Bourdieu, S. 10.

<sup>92</sup> Vgl. Harman.

<sup>93</sup> Ebd.; vgl. Walsh, S. 5.

<sup>94</sup> Vgl. Barets/Bourdieu, S. 15 – 17; Harman; Minvielle/Vacquin, S. 73; Thé, S. 53 – 74; Walsh, S. 13.

Bewegung. Diese Entwicklung betraf die staatlichen Unternehmen SNCF, EDF/GDF, Post und *Télécom France*, *Air France* und *Air Inter*. Der Privatsektor (u. a. RVI, *Kodak*, *Moulinex*) nahm nur in sehr geringem Maße an den Streiks teil.<sup>95</sup>

Die Streikenden forderten allgemein und über Berufsgruppen hinweg die Rücknahme des Juppé-Plans (siehe Kapitel 3.1). Die verschiedenen Berufsgruppen artikulierten weitere Forderungen.

Bei den Eisenbahnern handelte es sich um die Rücknahme des Planvertrags zwischen Staat und SNCF, der eine Sanierung der verschuldeten staatlichen Eisenbahngesellschaft SNCF vorsah (siehe Kapitel 3.1), und um die Festeinstellung von Zeitverträgern. Gemäß Barets änderten sich die Forderungen der Eisenbahner während des Streiks: zuerst gegen den Juppé-Plan, dann gegen den Planvertrag und später für den Rücktritt Juppés.

Die Beschäftigten des städtischen Nahverkehrs demonstrierten für die Abschaffung des dualen Status von Alt- und Neueingestellten, da man als Neueingestellter für die gleiche Arbeit wesentlich weniger Lohn bezieht.

Die Mitarbeiter der staatlichen Fluglinien *Air France* und *Air Inter* protestierten gegen die vom Vorstand geplanten Produktivitätssteigerungen zur Sanierung der beiden Linien.

Die Angestellten der Schifffahrt forderten eine gleichbleibende Arbeitsbelastung und sprachen sich gegen eine Erhöhung aus.

Die Postler gingen gegen Stellenstreichungen, für die Festanstellung der Prekären, für bessere Arbeitsbedingungen, gegen eine Reorganisation der Postämter sowie gegen die „Rechtsbelehrung über die Behinderung der ‘Freiheit der Arbeit’“<sup>96</sup> auf die Straße.

Im Januar 1996 streikten die Postler dann für die Bezahlung der Streiktage sowie neue Verhandlungsmöglichkeiten über die Arbeitsbedingungen.

Die Angestellten bei *Télécom France* protestierten gegen eine Privatisierung des Unternehmens im Rahmen der für 1998 angestrebten Liberalisierung des Telekommunikationssektors.

Die Beschäftigten der Elektrizitäts- und Gaswerke demonstrierten gegen die Beteiligung

---

<sup>95</sup> Vgl. Bonse, Eric (1995), in: *Der Tagesspiegel* 15465, 1. Dezember 1995, S. 3; Bremer, Hans-Hagen (1995), in: *Frankfurter Rundschau* 278, 29. November 1995, S. 3; „Frankreich zwischen...“, in: *Neue Zürcher Zeitung* 280, 1. Dezember 1995, S. 3; „Gegenoffensive von...“, in: *Neue Zürcher Zeitung* 284, 6. Dezember 1995; Gsteiger, Fredy (1995), in: *Die Zeit* 49, 1. Dezember 1995, S. 41; Hahn, Dorothea (1995), in: *die tageszeitung* 4782, 24. November 1995; „Jetzt auch Streiks...“, in: *Süddeutsche Zeitung* 281, 6. Dezember 1995; „Streikfolgen zwingen...“, in: *Süddeutsche Zeitung* 280, 5. Dezember 1995, S. 3; „Streikführer wollen...“, in: *Handelsblatt* 238, 8. Dezember 1995; Walsh, S. 5; Wildcat, S. 47 – 52.

<sup>96</sup> Wildcat, S. 47 – 52.

ausländischen Kapitals an den Unternehmen, das die Privatisierung einleiten könnte, weiterhin für die Rücknahme von Sanktionen wegen Teilnahme am Streik sowie für Verhandlungen über das Personal und dessen Qualifikationen.

Die Lehrkräfte an den Universitäten und Hochschulen forderten die Bezahlung der Überstunden zur Fortführung der Kurse, die Studenten mehr Geld für fehlendes Lehrpersonal und eine bessere Ausstattung der Universitäten zur Verbesserung der Studienbedingungen.

Die Lehrer streikten gegen die Schließung von Klassen und für die Wiedereinstellung von Hilfslehrern.

Die kommunalen Angestellten gingen für die Festanstellung von hunderten Prekären, die Einstellung von hunderten Beschäftigten sowie die 35-Stundenwoche auf die Straße.

Die Bergarbeiter kämpften u. a. um einen Gesprächstermin mit dem Präfekten, um auf ihre schlechte Lage aufmerksam zu machen und bessere Arbeitsbedingungen durchzusetzen.<sup>97</sup>

Motivation, an den Streiks teilzunehmen, waren auch die Arbeits- und Sicherheitsbedingungen sowie die Überwindung der Isolation im Streik. Folgender Ausschnitt aus dem Streiktagebuch von Paul Barets<sup>98</sup> soll dies belegen:

Bald diskutiere ich allein mit dem jungen Eisenbahner am Kohlebecken... Er kennt aber gut das Elend der Zugführer, die Einsamkeit im Führerhaus während langer Nächte und die Gewißheit, kein 'normales' Leben zu haben, immer 'in anderem Rhythmus' als andere Leute zu leben. Der Streik hat ihm die Türen geöffnet, endlich kam er aus seiner Vereinzelung heraus und konnte die traurige Routine, die sein Beruf mit sich bringt, durchbrechen...

Als ich ihn frage, warum auch er bei diesem Streik mitmacht, erklärt er mir, daß 'Sicherheit und Technik aus finanziellen Gründen mehr und mehr auf der Strecke bleiben.' Seiner Ansicht nach ist das eine neue Entwicklung, die die Dienstleistung der SNCF in Gefahr bringt. Anhand genauer Beispiele erklärt er mir, wie nun die technische Kompetenz des Unternehmens durch übertriebene Sparmaßnahmen gefährdet wird. Um zu sparen, würden die Prüfungs- und Wartungsintervalle für die Gleise von Jahr zu Jahr länger, womit natürlich das Unfallrisiko steigt.<sup>99</sup>

---

<sup>97</sup> Vgl. Bremer, Hans-Hagen (1995), in: *Frankfurter Rundschau* 278, 29. November 1995, S. 3; „Frankreich zwischen...“, in: *Neue Zürcher Zeitung* 280, 1. Dezember 1995, S. 3; Gsteiger, Fredy (1995), in: *Die Zeit* 49, 1. Dezember 1995, S. 41; Hahn, Dorothea (1995), in: *die tageszeitung* 4782, 24. November 1995; „Jetzt auch Streiks...“, in: *Süddeutsche Zeitung* 281, 6. Dezember 1995; Walsh, S. 5.

<sup>98</sup> Paul Barets war zum Zeitpunkt der Streikbewegung von 1995/96 Student der Sozialwissenschaften an der Ecole Normale Supérieure in Paris.

<sup>99</sup> Barets/Bourdieu, S. 32, 33.

Neben der Kollektivität spielte auch das Weitergeben von Erfahrungen aus vergangenen Kämpfen eine Rolle, was ein weiteres Zitat aus oben erwähntem Streiktagebuch verdeutlicht.

Bei den Eisenbahnern erkenne ich einige Aktivisten wieder, die ich anlässlich meiner Magisterarbeit in Villeneuve-Saint-Georges kennengelernt habe. Mit einem von ihnen, Patrick Seignon, spreche ich; ... Er erklärt mir, daß er als Eisenbahner hier sei und daß der Großteil der anderen Delegationsteilnehmer 'ehemalige Aktivisten aus der Koordinationsbewegung von 1986'<sup>100</sup> seien, die eine gewisse Kampf- und Solidaritätserfahrung weitergeben wollten. Als er von 'Weitergeben' spricht, erinnert er sich an eine kürzliche Unterhaltung mit mir: Damals hatte er von seiner Sorge berichtet, daß die Kampferfahrungen des 'großen Streiks' von 1986 nicht an die jüngeren Aktivisten vermittelt werden könnten, wenn nicht bald eine neue Bewegung die Gelegenheit dazu biete. Dieser Streik sei nun genau die Gelegenheit, die er so herbeigewünscht hätte... 'Man braucht sich keine Sorge zu machen, unsere Nachfolge ist gesichert.'

Patrick erzählt mir voller Begeisterung, wie der Streik in Villeneuve begonnen hat, ... 'Alle Schranken' zwischen Beschäftigten unterschiedlicher Bereiche sind gefallen – was in Villeneuve geschieht, ist 'wunderbar'. Zum ersten Mal gibt es in Villeneuve eine gemeinsame Vollversammlung von fahrendem und nichtfahrendem Personal. Ein Aktivist der CFDT, der bei dieser Debatte dabei ist, äußert sich ebenso: 'Was sich Anfang der Woche abgespielt hat, ist genau das, wofür viele von uns seit Jahrzehnten kämpfen; es gibt kein Standesdenken mehr bei den Zugführern, und das hat sich ganz natürlich ergeben, wie durch Zauberei. Das Schlimme ist, daß man davon so überrascht ist, denn es sollte doch eigentlich selbstverständlich sein...'<sup>101</sup>

Eine solche Bewertung der Solidarität wird verständlich, wenn man den mühsamen Weg dahin weiß – vgl. 28.11.1995.

Die Techniker begründen ihre Streikteilnahme mit der Bereicherung der Privatfirmen an der SNCF, denen sie zudem noch kostenlose Vorarbeiten liefern.

Mit den Technikern geht die Diskussion sehr schnell in die Einzelheiten des Planvertrags. Einer von ihnen vertieft aufgrund seiner konkreten Erfahrung das Thema, das von den Gewerkschaftern ... oft entwickelt worden ist: daß nämlich die Defizite der SNCF auch an deren Ausbeutung durch bestimmte private Lieferanten liegen würden, die eine Monopolstellung gegenüber der Gesellschaft haben. In nüchternem Tonfall nennt er den Fall von Materialverkauf durch GEC-Alsthom an die SNCF zu seiner Ansicht nach exorbitanten Preisen... 'Wir haben für den TGV alle Studien gemacht und es ist jetzt GEC-Alsthom, das ihn kommerzialisiert. Aber von der Kohle, die Alsthom damit verdient, sieht die SNCF nicht einen Sou. Wir, die Techniker, wir liefern fast kostenlose Arbeit für die Privatfirmen wie Alsthom ab, die sich danach damit die Taschen vollstopfen können.'<sup>102</sup>

---

<sup>100</sup> Baretts bemerkt in einer Fußnote (als A. d. Ü.): „Da der Streik damals gegen den Widerstand der Gewerkschaften durchgeführt werden mußte, bildeten sich aus organisatorischen Gründen basisdemokratische sog. 'Koordinationen'.“

<sup>101</sup> Baretts/Bourdieu, S. 27, 28.

<sup>102</sup> Ebd., S. 48.

### **3.3 Der Streikverlauf**

#### **3.3.1 Allgemeine Merkmale**

Im September 1995 wurde das angekündigte Einfrieren der Beamtengehälter zunächst mit einzelnen lokalen Streiks beantwortet. Schließlich einigten sich sieben Beamtenverbände (seit 1977 erstmals gemeinsam!) auf einen eintägigen Generalstreik am 10. Oktober. Ein weiterer Aktionstag zur Verteidigung der sozialen Sicherheit folgte am 14.11., am Vortag des Juppé-Plans (s. u.).

Mit Semesterbeginn im Oktober weiteten sich Studentenstreiks und -aktionen rasch aus. Sie forderten mehr Geld für weitere Lehrkräfte und bessere Studienbedingungen. Die Regierung musste ihre anfänglich geringen Zugeständnisse (für die Universität Rouen) erheblich ausweiten (vgl. 30.10./02.11./17.11./03.12.). Nach einem Nationalen Aktionstag am 21. November und den Demonstrationen am 30. November flauten die Studentenaktionen ab, als sich die Streikbewegung der Eisenbahner entwickelte.

Die Studenten formulierten ihre Forderungen in einem Gesetzesantrag. Die Regierung antwortet mit Zugeständnissen (ca. 25 Prozent der finanziellen Forderungen für 1995, ca. 10 Prozent der Stellen). Mitte Dezember kam die Studentenbewegung zum Erliegen. Betont wird, daß es kaum Verbindungen zu anderen Berufsgruppen gab.

Die Verkündung des Juppé-Plans führte zunächst zu einem Streik des öffentlichen Dienstes am 24.11.1995.

Der von Regierung und SNCF am 17.11. erarbeitete Planvertrag wird am 28.11. offiziell an die Gewerkschaft herangetragen. Da die Hauptlast indirekt auf die Arbeitnehmer abgewälzt wird, kommt es zum Streik der Eisenbahner und des Pariser Nahverkehrs ab 27.11. Mit dem zweiten nationalen Aktionstag der Gewerkschaften am 28.11. weitet sich die Streikbewegung unter dem Einfluß des Juppé-Plans vor allem im öffentlichen Dienst spontan aus, Anfang Dezember gibt es branchenübergreifende Kontakte und Tendenzen zur Radikalisierung, allmählich entwickelt sich internationale Aufmerksamkeit. Die Regierungspartei RPR ruft zu Demonstrationen der Verkehrsmittelbenutzer gegen den Streik auf (02. und 10.12.; nur einige Tsd. Teilnehmer).

Die Bewegung gipfelt in Großaktionen am 05. und 12.12. mit ein bzw. 2,3 Millionen Teilnehmern. Nach Zugeständnissen der Regierung (11.12.) setzt die Gewerkschaft CGT die Separierung durch und arbeitet auf Streikabbruch der Eisenbahner hin. Für Rundtischgespräch (13.12.) und Sozialgipfel (21.12.) wurde regierungsseitig die Bezeichnung „Verhandlungen“ verweigert; sie ermöglichten einen Meinungs austausch, brachten

abgesehen von Versprechungen für die Gewerkschaften aber nichts Greifbares für die Streikenden.

Am Nationalen Aktionstag (16.12.) nahmen nochmals zwei Millionen Arbeiter teil. Danach geht die Streikbewegung, ungeachtet einzelner neuer, nur lokaler Streiks, allmählich zurück. Die nachfolgende Chronologie informiert über einzelne Aktionen ausführlicher.

### **3.3.2 Chronologie der Streikbewegung**

#### *04.09.1995 Regierung:*

Premierminister Alain Juppé kündigt das Einfrieren der Beamtengehälter für 1996 an.

#### *05.09.1995 Streikaktivitäten in Lille:*

Beschäftigte an den Schulen (z. B. Aufsichtspersonen, Erziehungsberater) streiken. Die Lehrer streiken mehrere Tage (05.9. – 08.09.1995).

#### *06.09.1995 Streikaktivitäten in Montreuil:*

Die Hilfslehrer, die an den Grundschulen beschäftigt sind, demonstrieren. Die knappe Hälfte der Schulen befindet sich im Streik.

#### *07.09.1995 Streikaktivitäten in St. Nazaire:*

Die Postangestellten gehen nach 5tägiger Besetzung des Hauptpostamts an die Arbeit.

#### *22.09.1995 Gewerkschaften:*

Auf einer Versammlung von sieben Beamtenverbänden sprechen sich diese (seit 1977 zum ersten Mal gemeinsam(!)) für einen eintägigen Generalstreik am 10. Oktober aus. Verschiedene Gewerkschaften wie die Autonomen der RATP wollen sich dann mit ihnen verbinden.

#### *04.10.1995 Streikaktivitäten:*

Die Angestellten der TSI (Bahnreinigung) beginnen zu streiken. Der Streik dauert bis weit in den November und endet mit einer Niederlage. Paul Baretts bemerkt am 29. November:

Nach den Sommerferien beschloß die SNCF eine härtere Gangart gegenüber ihren Subunternehmen und senkte die Zeitvorgabe für die Reinigung um 40%, um so die Standzeiten der TGV zu minimieren. Verschärft wurden ferner die Strafen für Terminüberschreitung und schludrige Arbeit. Die Direktion der TSI setzte diese Vorgaben von heute auf morgen um und schlug Ende September 127 Beschäftigten (von insgesamt 300) Teilzeitarbeit vor. Dieser 'Vorschlag' (dahinter stand die Androhung von Entlassungen) war für die meisten nicht annehmbar. Die Löhne dieser Beschäftigten sind schon dermaßen niedrig (ca. 5000 FF monatlich nach 20 Jahren Betriebszugehörigkeit), daß eine Minderung kein Überleben mehr erlaubt hätte. Verschlimmert wird die Situation, da die Mehrheit aus Frauen besteht, die als Alleinverdienende große Familien unterhalten müssen und aus Altersgründen woanders keine Arbeit finden können. 'Es war ein Streik für das Leben' und deshalb ein sehr harter und langer Streik. Erst vor ein paar Tagen endete er mit einer bitteren Niederlage für die Beschäftigten...<sup>103</sup>

---

<sup>103</sup> Ebd., S.20.



*06.10.1995 Streikaktivitäten in Rouen:*

Semesteranfang, Beginn der Vorlesungen. Streikbeginn bei den Studenten.

*Seit dem 09.10. Streikaktivitäten:*

Ausgangspunkt der studentischen Streikbewegung ist Rouen. Sie weitet sich nach Metz, Montpellier, Nizza, Orléans, Pau, Perpignan, Toulouse und Tours aus.

*10.10.1995 Gewerkschaften:*

Die drei größten Gewerkschaften (CGT, FO und CFDT) rufen die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes zu einem eintägigen Generalstreik gegen das Einfrieren der Gehälter auf.

*Streikaktivitäten in ganz Frankreich:*

In Paris folgen 22 000 Menschen dem Aufruf, in der Provinz 360 000 – 380 000.

*16.10.1995 Streikaktivitäten in Rouen:*

Ca. 1 000 Studenten besetzen an der Universität die Büros der Leitenden, blockieren den Zugverkehr und in den nächsten Tagen die Verkehrsknotenpunkte, öffnen auf der Autobahn die Zahlstellen. Die Studentenstreiks bilden eine eigenständige Bewegung; diese schließt sich keinem Berufs- oder Gewerkschaftsverband an.

*19.10.1995 Regierung:*

Der Verwaltungsrat der SNCF versammelt sich: Jean Bergougnoux zieht die Schließung von 6 000 km Bahnstrecke in Betracht.

*Streikaktivitäten:*

Die Studentenstreiks in Rouen und Toulouse spitzen sich zu.

Die Eisenbahner CGT, CFDT, FO, CFTC und FGAAC kündigen in Paris für den 25.10. einen Streik an.

*25.10.1995 Streikaktivitäten:*

Der Streik bei der SNCF wird gut befolgt.

In Rouen besetzen ca. 200 Studenten das Rektorat, die Polizei räumt später das Gebäude. Die Zahl der demonstrierenden Studenten beträgt mehr als 1 000.

In Toulouse beenden ca. 500 Studenten und Lehrende der Mathematikfakultät die Besetzung ihrer Arbeitsstätte.

*26.10.1995 Regierung:*

Jacques Chirac kündigt im Fernsehen an, daß er seinen Handlungsschwerpunkt auf die Senkung der öffentlichen Defizite legen wird.

*27.10.1995 Streikaktivitäten in Rouen:*

Tausende Studenten gehen auf die Straße.

*27.10. – 15.11.1995 Regierung/Gewerkschaften:*

Präsident, Regierung und einige Gewerkschaften verhandeln gemeinsam unter Ausschluß der Öffentlichkeit.

*30.10.1995 Regierung/Gewerkschaften/Streikaktivitäten:*

In Rouen kommen ein Vermittler der Regierung und Basisdelegierte zu einem Gespräch zusammen, das von einer Vollversammlung kontrolliert wird. Der Regierungsvertreter kündigt die Zahlung von sechs Millionen FF an, davon werden drei Millionen FF sofort bereitgestellt. Der Streik wird fortgesetzt.

*Gewerkschaften:*

In Paris unterzeichnen CGT, CFDT, FO, CGC, CFTC, FEN, FSU und UNSA eine gemeinsame Erklärung über die Zukunft der Sozialversicherung (seit 1967 gab es erstmalig Übereinstimmungen).

*Streikaktivitäten:*

In Bordeaux wird demonstriert.

*02.11.1995 Regierung/Streikaktivitäten in Rouen:*

Den Studenten im Streik sagt ein Vermittler der Regierung neun Millionen FF zu, von denen sechs Millionen FF noch für 1995 bestimmt sind, sowie die Schaffung von 238 Arbeitsplätzen. Der dreiwöchige Streik wird daraufhin beendet.

*Streikaktivitäten:*

Die studentische Streikbewegung breitet sich auf mehr als zehn Universitäten aus. In der nächsten Woche werden ähnliche Forderungen laut, da die Universitäten in der Provinz wesentlich schlechter ausgestattet sind, als die in Paris. In Metz sperren Studenten einen Vermittler ein.

*05.11.1995 Regierung:*

Erziehungsminister Bayrou kündigt nach drei Wochen Streik in Rouen und dem Streikeintritt der Universitäten Metz, Orléans und Toulouse einen Notstandsplan für die mittellosesten Universitäten an.

*07.11.1995 Regierung:*

Alain Juppé hat seine Regierung umgebildet.

*09.11.1995 Streikaktivitäten:*

Die Streikbewegung der Studenten ist im Wachsen begriffen. 30 000 – 40 000 Studenten protestieren im gesamten Land, in Paris sind es nur einige wenige. In der Nacht vom 09. zum 10.11. verhärtet sich die Studentenbewegung in Metz, Toulouse und Orléans.

*13.11.1995 Streikaktivitäten:*

Die studentische Streikbewegung dehnt sich auf die Universitäten Aix-en-Provence, Caen, Marne-la-Vallée, Saint-Étienne und Toulon aus.

*14.11.1995 Gewerkschaften/Streikaktivitäten in ganz Frankreich:*

Am Vortag der Verkündung des Juppé-Plans findet nach Aufforderung von CFTC, CGC, CGT, FEN-UNSA, FSU im gesamten Land ein Aktionstag statt, um die soziale Sicherheit zu verteidigen. In 81 Städten wird demonstriert. In Créances (Manche) lädt die Bevölkerung drei Tonnen Möhren auf dem Zufahrtsweg zum Sortierzentrum ab und behindert die Postfahrzeuge.

*15.11.1995 Regierung:*

Alain Juppé präsentiert seinen Reformplan der Sozialversicherung vor der Nationalversammlung. Der Juppé-Plan sieht vor, daß die Arbeiter 225 Milliarden FF, die Unternehmen und die Pharmaindustrie fünf Milliarden FF zum Abbau des Defizits aufbringen sollen. Die Unternehmen haben bei der Sozialversicherung 91 Milliarden FF Schulden, der Staat 70 Milliarden FF. Zu den Zahlungen sind Menschen mit Löhnen und Ersatzleistungen über 2 300 FF verpflichtet. Über die Einzelheiten des Juppé-Plans informiert Kapitel 3.1 ausführlicher.

*16.11.1995 Regierung:*

Alain Juppé erklärt in einem Gespräch mit *Sud-Ouest*: „Si deux millions de personnes descendent dans la rue, mon gouvernement n’y survivra pas.“<sup>104</sup>

*Gewerkschaften:*

Die sieben Beamtenverbände reagieren auf die Anpassung der Rentenregelungen des öffentlichen Dienstes an die Privatwirtschaft mit einem Aufruf zu einem einheitlichen Streik am 24.11.1995.

Nicole Notat (CFDT) äußert sich zurückhaltend: „*Osons défendre la sécurité sociale, ne l’enterrons pas ce soir par des actes syndicaux d’arrière-garde*“<sup>105</sup>. Sie lehnt jedoch den Aufruf der FO, am 28.11.1995 branchenübergreifend zu demonstrieren, ab.

---

<sup>104</sup> Bérout/Mouriaux, S. 188.

<sup>105</sup> Ebd.

*17.11.1995 Regierung:*

François Bayrou kündigt ein erstes Maßnahmenpaket mit der Zuweisung von 200 zusätzlichen Stellen für die Universitäten und einer sofortigen Zahlung von 150 Millionen FF an. Die Direktion der SNCF und die Regierung erarbeiten den Planvertrag Staat-SNCF für die nächsten fünf Jahre (s. Kapitel 3.1).

*Gewerkschaften:*

Die Gewerkschaften lehnen die Streckenstillegungen ab.

*20.11.1995 Regierung/Gewerkschaften:*

Zwischen der Direktion der SNCF und den Eisenbahnergewerkschaften findet ein erstes Treffen statt.

*21.11.1995 Gewerkschaften:*

*Streikaktivitäten in ganz Frankreich:*

Nationaler Studentenaktionstag. Über 100 000 Studenten und Schüler protestieren im ganzen Land. Folgende Universitäten befinden sich im Streik: Paris VIII, Paris X, Paris XIII, Cergy-Pontoise, Marne-la-Vallée, Aix, Avignon, Bordeaux, Nice, Nancy, Pau, Rennes, Toulouse. Die Beteiligung in Paris ist gering. In den übrigen Teilen des Landes radikalisieren sich die Aktionen: Besetzungen in Montpellier, Rouen und Pau; unbefristete Streiks in Limoges, Rennes, Tours und Toulouse.

*24.11.1995 Gewerkschaften:*

CGT, FO und FSU fordern gemeinsam zum Streik und zur Demonstration des öffentlichen Dienstes auf, um gegen die Erhöhung der Rentenbeiträge zu protestieren. Daraus werden Demonstrationen gegen den Juppé-Plan.

Louis Viannet bemerkt in *L'Humanité*:

‘La force et le caractère interprofessionnel’ de la manifestation du 24 novembre sont ‘les conditions décisives de notre capacité à prolonger la mobilisation. Dans les heures qui viennent, l’essentiel est de bousculer toutes les hésitations qui peuvent subsister’. [...] ‘Le crédit du syndicalisme est à ce prix. Si d’aventure, il restait empêtré dans des considérations de boutique, il devra s’attendre à un jugement sévère des salariés.’<sup>106</sup>

*Streikaktivitäten in ganz Frankreich:*

Die Aktionen sind branchenübergreifend: Die Studenten vereinigen sich mit Eisenbahnern und Beamten. Für die Eisenbahner bedeutet dies den Streikbeginn. Auch Abordnungen aus dem Privatsektor (Alcatel, Alstom, Dassault, Ford, Peugeot, Renault, RVI, Sextant Avionique, Thomson) sind anwesend.

Im gesamten Land sind 500 000 – 1 000 000 Demonstranten auf den Beinen; mehrere Millionen Menschen legen nach Ansicht von Walsh die Arbeit nieder.

---

<sup>106</sup> Ebd., S. 189.

In folgenden Sortierzentren finden Aktionen statt: In Caen wird das Sortierzentrum von Postangestellten besetzt, die Eisenbahner helfen mit, die Zufahrtswege zu versperren; in Grenoble einigt man sich auf den unbefristeten Streik; in St. Briec besetzen Eisenbahner und Angestellte bei den E-Werken das Sortierzentrum mit. In Toulouse streiken 70 Prozent von 7 000 städtischen Beschäftigten (u. a. Müllabfuhr). Die Seeleute in Calais blockieren die französischen Fähren von Sealink. In Orly besetzen Arbeiter der Instandhaltung von *Air-France* die Landebahnen des Flughafens.

*25.11.1995 Streikaktivitäten:*

In einigen Städten Frankreichs (z. B. Bordeaux, Marseille, Paris und Toulon) gehen Menschen für die Rechte der Frauen auf die Straße.

*26.11.1995 Streikaktivitäten in Pyrénées Atlantiques:*

450 Arbeiter im Streik von *Elf Atochem de Mont* (Filiale von *Elf Aquitaine*) sperren den Direktor ein.

*27.11.1995 Gewerkschaften:*

CGT, FSU und einige CFDT-Gewerkschaften schließen sich dem Aufruf der FO für den nächsten Tag an.

*Streikaktivitäten in ganz Frankreich:*

Die Eisenbahner setzen ihre Streiks vom 24.11. fort, u. a. in Chambéry, Mulhouse, Lille, Marseille, Montpellier, Roanne, Rouen, Saint-Étienne, Toulouse. In ganz Frankreich ist der Eisenbahnverkehr bis auf wenige Ausnahmen zum Erliegen gekommen. Vollversammlungen finden in den besetzten Gebäuden statt. Der Streik springt auf den städtischen Nahverkehr in Paris (RATP) über. In den Pariser Vororten sind fünf Busdepots von insgesamt 22 vollkommen, drei andere teilweise lahmgelegt.

*28.11.1995 Regierung:*

Der von Generaldirektor Jean Bergougnoux und der Regierung gemeinsam ausgearbeitete Planvertrag vom 17.11. wurde heute den Gewerkschaften vorgelegt.

*Gewerkschaften/Streikaktivitäten in ganz Frankreich:*

Zweiter nationaler Aktionstag gegen den Juppé-Plan und den Planvertrag Staat-SNCF. Auf der Demonstration – von FO und CGT organisiert – sind Eisenbahner vertreten. Auch die Eisenbahner-Sektion der CFDT ist anwesend. Erstmals seit 1947 drücken sich die Gewerkschaftsführer von FO und CGT, Marc Blondel und Louis Viannet, symbolisch in der Öffentlichkeit die Hand. In Paris sind 60 000 Demonstranten unterwegs.

Nach der Mobilisierung vom 24.11. treten die Beschäftigten der RATP nun dauerhaft in Streik: Der städtische Nahverkehr in Paris wird blockiert. Der Streik weitet sich auf verschiedene Zentren (wie Caen, Grenoble, Saint-Brieuc und Sotteville-les-Rouen) aus, teilweise auch auf EDF-GDF-Werke.<sup>107</sup>

#### *29.11.1995 Streikaktivitäten:*

Die Postler der Sortierzentren von Clermont-Ferrand und Valence treten in unbesetzten Streik. Der Streik breitet sich von den Sortierzentren Caen und Sotteville auf die gesamte Normandie sowie auf Post- und Giroämter aus.

Die Eisenbahnergewerkschafter lehnen den Planvertrag ab. Dazu ein Auszug aus Barets Tagebuch:

Die Politik des 'gibst Du mir, so gebe ich Dir', wird als Erpressung zur 'Produktivität', die 'nicht akzeptabel' sei, vorgestellt; ganz abgesehen davon, daß sie in ihren Modalitäten unklar erscheint (als der Delegierte erklärt, wenn man dem Staat folge, übernehme der für jeden FF Zinsen auch damit gleichzeitig 12 FF Schulden, überträgt sich seine heitere Skepsis auf den ganzen Saal). Hinter dem 'strategischen Unternehmensplan' sieht die CGT deutlich Abbau von Stellen, höhere Arbeitsbelastung und die Schließung 'defizitärer' Linien... Die Schlußfolgerung des Kommuniqués ist klar: Weiterführung des Streiks.<sup>108</sup>

#### *30.11.1995 Streikaktivitäten in ganz Frankreich:*

Aktionstag von EDF-GDF nach Aufforderung von CGT, FO, CFDT und CFTC. An den landesweiten Demonstrationen nehmen Eisenbahner, Beschäftigte der Busdepots der RATP, Beschäftigte von EDF-GDF, Postler und Angestellte von France Télécom teil, um den öffentlichen Dienst zu verteidigen. In Paris demonstrieren 60 000 Menschen und in den großen Städten des Landes finden zahlreiche Kundgebungen statt: In Toulouse protestieren 30 000 Leute, in Grenoble 17 000, in Bordeaux und Tours 10 000, in Rennes 7 000, in Rouen mehrere Tausend. In Paris, Nantes, Montpellier, Saint-Étienne geraten Streikende und Polizei aneinander.

Erstmalig halten fahrendes und nichtfahrendes Personal der Eisenbahner zusammen eine Vollversammlung in Villeneuve ab.<sup>109</sup>

Die Hälfte der Sortierzentren (65) streikt.

Studenten- und Lehrgewerkschaften veranstalten im gesamten Land Demonstrationen, an denen auch Arbeiter, Eisenbahner und Beamte beteiligt sind. Die Studenten fordern zusätzliche Mittel für die Universitäten. Der Streik hat sich nach zwei Monaten auf ca. 40 von 90 Universitäten ausgedehnt.

In der Zeitschrift *Esprit* wird ein Aufruf von Intellektuellen veröffentlicht, welche die Haltung von Nicole Notat stützen.

---

<sup>107</sup> Vgl. Barets/Bourdieu, S. 11, 15.

<sup>108</sup> Barets/Bourdieu, S. 16, 17.

<sup>109</sup> Vgl. ebd., S. 23-25, 27, 28.

### *01.12.1995 Regierung/Streikaktivitäten in Paris:*

Die Regierung neigt dazu, einen politischen Gegenschlag zu organisieren. Die Parteispitze der RPR fordert dazu auf, *comités d'usagers* zu bilden und für den 7. 12. 1995 eine Gegendemonstration vorzubereiten. Diese Initiative ruft auf Seiten der Opposition und der Politiker aus der Provinz große Kritik hervor.

Das Stellwerk des Gare du Nord, „das den gesamten Bahnverkehrsverkehr und auch noch den Eurostar regelt“<sup>110</sup>, ist besetzt.

Auf einer Versammlung der Eisenbahner wird berichtet, daß die Elektriker partiell die Stromversorgung der öffentlichen Verwaltung und großer Unternehmen unterbrechen. In Paris-Brune nehmen erstmals Eisenbahner an der Vollversammlung der Postler teil.<sup>111</sup>

### *02.12.1995 Streikaktivitäten in Paris:*

In der Nacht vom 01. zum 02.12.1995 einigen sich die Studenten auf einen Gesetzesantrag, der folgende Forderungen enthält: Zahlung von 50 Milliarden FF über den Zeitraum von fünf Jahren, Schaffung von 25 000 Arbeitsplätzen für Wissenschaftler sowie 20 000 Stellen für Nicht-Lehrende.

Auf einer Kundgebung der Verbraucher (*usagers*) versammeln sich 3 000 Menschen in Paris.

### *03.12.1995 Regierung:*

Nach zwei Monaten studentischer Mobilisierung kündigt François Bayrou zusätzliche Mittel in Höhe von 369 Millionen FF u. a. für die Schaffung von 2 000 Lehrstühlen und 2 000 Verwaltungsstellen an. Weiter wird das Budget von 1995 um zwei Milliarden FF aufgestockt, um u. a. die Sicherheit und Reinigung der Gebäude zu gewährleisten. Nicole Thé bemerkt dazu: „alles durch simple Budgetumstellungen finanziert!, tut Bayrou gerade genug, um eine Studentenbewegung zu entschärfen, die bereits eine nationale Breite erreicht hat und die gerade anfängt, eine Verbindung mit den Lohnabhängigen einzugehen“<sup>112</sup>.

#### *Gewerkschaften:*

Eröffnung des 45. CGT-Kongresses in Montreuil.

Bei den Teilwahlen gewinnen die Sozialisten an Stimmen.

---

<sup>110</sup> Baret/Bourdieu, S. 32.

<sup>111</sup> Vgl. ebd., S. 29, 31.

<sup>112</sup> Thé, S. 53 – 74.

#### 04.12.1995 Gewerkschaften:

Die FO-Sektion der Angestellten und Führungskräfte ruft die Belegschaft im Versicherungswesen zu einem unbefristeten Streik auf, um die Rücknahme des Juppé-Plans zu erwirken. Die FO hat auch zum Generalstreik in der Privatwirtschaft aufgerufen, obwohl sie dort nur wenige Mitglieder hat. Die CGT zog auf ihrem Kongreß nach und plädierte für eine Verallgemeinerung der Streiks. Thé zufolge geschah dies von Seiten der CGT nur nach außen hin.

#### *Streikaktivitäten in ganz Frankreich:*

Die Angestellten von *France Télécom* treten in den Streik. Im Westen und Süden Frankreichs nehmen mehr Beschäftigte an der Streikbewegung teil als im Norden und Osten sowie in Paris.

Streikende der EDF in Brest stellen den Strom auf Nachttarif. Dies breitet sich auf das gesamte Land aus.

Zu diesem Zeitpunkt befinden sich auch die Lehrer, das Personal der Krankenhäuser, die Angestellten von *Air France* (nur punktuell) und die Müllabfuhr von Bordeaux im Streik. Unerwähnt bleiben in der Presse die Randbereiche des öffentlichen Dienstes wie die Angestellten der Finanzämter, der Universitätsbibliotheken und -verwaltung, des Kulturministeriums und Teile der Polizei, die mit dem Einfrieren der Strafmandate ein Zeichen gegen die unbezahlten Überstunden und die Arbeitsbedingungen setzen wollen. In verschiedenen Départements (Gard, Gironde, Hérault, Paris) streiken Beschäftigte der Staatskasse, auch Zollämter werden bestreikt.

Da die Beschäftigten in der Privatwirtschaft nicht so günstige Rahmenbedingungen wie der öffentliche Dienst haben (z. B. Abhängigkeit vom Chef, kein Kündigungsschutz) und sie die Rentenregelungen des Juppé-Plans nicht betreffen, ist es wesentlich schwerer, die im Privatsektor Arbeitenden zu einem Streikbeitritt zu bewegen.

In Paris sind Abordnungen der RATP – Südliche Vorstädte, der Linie 13 der Metro und des Postzentrums Paris-Brune auf der Vollversammlung der Eisenbahner anwesend. Auf der Vollversammlung bei *Renault-Billancourt* bei Paris sind Eisenbahner, Beschäftigte der RATP und Postler mitvertreten.<sup>113</sup>

#### 05.12.1995 Streikaktivitäten in ganz Frankreich:

Es finden 247 Demonstrationen im gesamten Land statt, an denen ca. 500 000 – 800 000 Menschen teilnehmen. Wichtige Kundgebungen in Bordeaux, Toulouse, Rouen, Mans, Montpellier und Puy-en-Velay (Haute-Loire).

Die Kundgebungen sind branchenübergreifend: Eisenbahner, Postler, Personal von

---

<sup>113</sup> Vgl. Baretts/Bourdieu, S. 34, 37.



EDF-GDF und *France Télécom*, Beamte, soziale Dienstleister und Krankenschwestern demonstrieren zusammen. Die Anzahl der demonstrierenden Studenten geht in ganz Frankreich zurück. Der Privatsektor beteiligt sich dieses Mal stärker an den Demonstrationen: *Kodak*, *Moulinex* und RVI in Caen, *Renault* in Le Mans, *Michelin* in Clermont-Ferrand, *Aerospatiale* in Toulouse, die Hafenarbeiter in Marseille, die Kranführer in den Häfen von Rouen und Le Havre, Streikposten vor den Militärwerften in Brest, Cherbourg und Toulon, *Bull* in Angers. In Caen, Marseille und Rouen erregt Aufsehen, daß die großen Privatunternehmen in starkem Maße an den Demonstrationen teilnehmen, in Paris dagegen kaum.

Auch die Metaller streiken in Ardennen und Rhone, le Cher, la Meuse, Loire-Atlantique und bei Le Havre, ebenso Angestellte des Bankwesens.

Zwischenfälle ereignen sich in Paris, wo der Bahnhof Gare de Montparnasse besetzt wird, in Montpellier, Nantes, Nancy und Le Mans.

#### *06.12.1995 Streikaktivitäten in ganz Frankreich:*

SNCF, RATP, Post, *Télécom*, EDF-GDF, Universitäten und Schulen befinden sich schon im Streik.

Jetzt dehnt sich die Streikbewegung auf den städtischen Nahverkehr (z. B. in Bordeaux, Grenoble, Caen, Cherbourg, Limoges, Marseille, Lille, Lyon) aus.

Auch die Müllabfuhr in Bordeaux, die Militärwerften in Brest, die Fluglotsen, Fähren und Krankenhäuser in Marseille sowie die Kaliwerke im Elsaß werden von der Streikbewegung erfaßt.

Tagebuchaufzeichnungen aus dem Streiktagebuch von Paul Baretts skizzieren die Ereignisse in Paris:

Juppé hat nämlich gestern davon gesprochen, vor jeder Entscheidung 'die Rentenregelungen auf den Tisch zu legen.' Er hat ... außerdem vorgegeben, 'niemals die Absicht gehabt zu haben', die Steuerermäßigung von 20% zu streichen (was allerdings der Finanzminister Jean Arthuis angekündigt hatte). Alex sieht in diesen Zugeständnissen keinen Grund, den Streik zu beenden, zumal die Zusagen betreffs der speziellen Rentenregelungen nach wie vor recht unklar sind, ...

Schließlich entwickelt Alex das Argument, daß mit dem Streikeintritt der Lehrer in den kommenden Tagen der Streik einen Aufschwung erleben könnte. Er rechnet damit, daß die Eltern, die bereits Schwierigkeiten haben, ihren Arbeitsplatz zu erreichen, dies wohl bald nicht mehr können, wenn sie sich obendrein noch mit ihren Kindern auf dem Arm plagen müssen. Seiner Meinung nach könnte dies dazu beitragen, den Streik in die Privatwirtschaft auszuweiten.<sup>114</sup>

#### *07. 12. 1995 Regierung:*

Die Regierung Juppé ernennt Jean Mattéoli, Präsident des Wirtschafts- und Sozialrates zum Vermittler in der Angelegenheit Planvertrag Staat-SNCF.

---

<sup>114</sup> Baretts/Bourdieu, S. 40, 41.

In der Nationalversammlung beginnen die Auseinandersetzungen über das Gesetzesprojekt, welches der Regierung erlauben würde, Gesetze zur Reformierung der Sozialversicherung zu erlassen. Sozialisten und Kommunisten legen 4533 Verbesserungsvorschläge für einen Text von drei Artikeln vor.

Die Regierung verbreitet in der Presse die Werbekampagne „*Connaissez-vous le plan Juppé?*“.

*Regierung/Gewerkschaften:*

Und es „beginnen hinter den Kulissen Gespräche, um einen ‘ehrenwerten Abgang’ zu finden; die Regierung lädt die Gewerkschaften zu einer ‘Arbeitssitzung’“.<sup>115</sup>

*Gewerkschaften:*

In Paris besuchen Gewerkschafter aus Deutschland, Israel und den USA die Eisenbahner im Betrieb. Diese Delegationen sind vermutlich anlässlich des CGT-Kongresses nach Frankreich gekommen.<sup>116</sup>

*Streikaktivitäten in ganz Frankreich:*

Neuer nationaler Aktionstag. CGT, FO, FSU, FEN, SGEN-CFDT und SUD rufen zum Streik auf. Die Demonstrationen sind branchenübergreifend, die Lehrer sind beteiligt. Dagegen sind sehr wenig Studenten anwesend. Die Kundgebungen sind in der Provinz erfolgreicher als in Paris und übertreffen vereinzelt den Rekord von 1968: nach Polizeiangaben 700 000 Menschen, nach Angaben der Organisatoren 1,3 Millionen Demonstranten.

Der Streik breitet sich auf *Air France und Air Inter* aus.

Zusammenstöße zwischen 2 000 – 3 000 Bergarbeitern und 400 Polizisten in Freyming-Merlebach (Lothringen), ca. 25 Verletzte, sowie in Nantes und Montpellier. Der Streik radikalisiert sich.

*08.12.1995 Gewerkschaften/Streikaktivitäten in ganz Frankreich:*

Die CGT ruft zu einem Aktionstag am 12.12. auf, dem sich die FO anschließt. Die Radikalität der Streikbewegung verstärkt sich: in Orly (Beschäftigte von *Air France* und die Polizei geraten aneinander), Avignon (Besetzung des Rathauses), Limoges (Besetzung eines Radiosenders), Albi/Mantes (Wohnsitz eines Abgeordneten bzw. Büro eines Abgeordneten wird zugemauert), Chateauroux, Montluçon, Nizza (Zwischenfälle vor den Präfekturen), bei Houillères de Gardannes bei Marseille (Einschließung des Direktors und dreier Ingenieure), in Merlebach (4 000 Bergarbeiter und 500 Polizisten mit 200 CRS stoßen zusammen, Stop eines Heizkraftwerkes durch 50 Bergarbeiter), Toulouse (permanente Versammlung und Demonstrationen der Studenten).

---

<sup>115</sup> Wildcat, S. 47 – 52.

<sup>116</sup> Vgl. Baretts/Bourdieu, S. 41.

In Paris treten die Lehrer in den Streik ein, die städtischen Angestellten der kommunistischen Gemeinden werden mobilisiert.<sup>117</sup>

Barets berichtet, wie die CGT den Versuch unterläuft, den Streikprozeß zu demokratisieren.

Alex erklärt mir, daß er gestern Durand vorgeschlagen hat, die VV gemeinsam vorzubereiten, eine Art 'Streikbüro' zu organisieren, um vor den VV's deren Tagesordnung übereinstimmend festzulegen. Dieses 'Büro' sollte aus einer täglichen halbstündigen Versammlung vor der VV bestehen und in der Cafeteria stattfinden, damit alle, die das wünschen, Gewerkschafter wie Nichtgewerkschafter, daran teilnehmen können... während gestern, zu Alex Überraschung, Durand auf diesen Vorschlag eines 'Büros' keine Einwände erhoben hat, ist der CGT-Führer heute morgen zum ersten Treffen der Gruppe einfach nicht gekommen. Infolgedessen haben Alex und die Streikenden Tagesordnung und Programm wieder einmal erst auf der VV erfahren, ohne an deren Erstellung beteiligt gewesen zu sein.<sup>118</sup>

Stattdessen betreibt die CGT eine Politisierung des Streiks.

Neben den Organisatoren, die sie bis jetzt in den Vordergrund gestellt hat, zeigt sich die CGT nun in einer anderen Gestalt, politischer, der der 'Kommentatoren', den Propagandisten der alternativen Thesen der PCF...

Die Entscheidung der CGT, die Bewegung zu politisieren, ist mittlerweile eine Tatsache. Die Gewerkschaft macht übrigens auch keinen Hehl daraus. Zu Beginn der VV spricht Durand ... 'Kinder, man darf die Augen nicht vor den Tatsachen verschließen: der Streik ist jetzt ein po-li-ti-scher Streik geworden ... Jetzt geht es nicht mehr nur gegen den Planvertrag, gegen den man kämpft, jetzt geht es gegen den Juppé-Plan und wir verlangen die Demission der Regierung. Wir werden erst aufhören, wenn Juppé geflogen ist.'<sup>119</sup>

#### *09.12.1995 Regierung/Gewerkschaften:*

Jacques Barrot, Minister für soziale Angelegenheiten, und die Gewerkschaften treffen sich. Die Gewerkschaften bestehen auf direkten Verhandlungen mit Premier Juppé.

#### *Gewerkschaften/Streikaktivitäten in Paris:*

Der Streik politisiert sich. PCF und CGT haben in Paris die Führung übernommen. Rufe nach einem Rücktritt von Regierungschef Juppé werden laut. Eisenbahner, Beschäftigte des Busdepots und städtische Angestellte demonstrieren gemeinsam. „Im Gegensatz zu dem, was journalistische Kommentare suggerieren könnten, die von einem baldigen Rückgang des Streiks sprechen, stützt nichts vor Ort diese Behauptung.“<sup>120</sup>

---

<sup>117</sup> Ebd., S. 44.

<sup>118</sup> Barets/Bourdieu, S. 41 – 42.

<sup>119</sup> Ebd., S. 43.

<sup>120</sup> Ebd., S. 44, 45.

### *Streikaktivitäten in ganz Frankreich:*

Die Mobilisierung schreitet voran. Eine Kundgebung am 12.12. ist geplant.<sup>121</sup>

Die Radikalisierung der Bewegung setzt sich fort: in Paris (Gare du Nord: Besetzung des Stellwerkes), Roissy (mehrstündige Sperrung des Flughafens durch den Streik der Fluglotsen), Marseille und Montpellier (Schließung der Flughäfen), Dieppe (Blockade des Hafens durch Streikende), Cherbourg (Blockade der Fähren), bei Thionville (auf der Autobahn wird Öl vergossen), bei Bordeaux (Sabotage in einem Atomkraftwerk), in Agen (Einsperrung des Bürgermeisters von Gemeindeangestellten).

Auch die *Banque de France* befindet sich im Streik.

### *10.12.1995 Regierung:*

Premier Juppé kündigt an, den von mehreren Gewerkschaften geforderten Sozialgipfel zu organisieren. Auf diesem Gipfel müßte man sich mit dem Plan über die Sozialversicherung, der Beschäftigung von Jugendlichen und der Reduzierung der Arbeitszeit befassen. Alain Juppé gibt die ersten Zugeständnisse bekannt: Verschiebung des Planvertrags Staat-SNCF, der Rentenbeitritt der Fahrer von SNCF und RATP mit 50 Jahren wird weiterhin gewährleistet. Das heißt: Bei den SNCF-Maßnahmen und den Rentenregelungen im öffentlichen Dienst gibt die Regierung im Moment nach. Aber in Bezug auf den Plan zur Reformierung der Sozialversicherung werden keine Abstriche gemacht. Mit den angeführten Konzessionen sollte Thé zufolge eine „Spaltung durch sektorielle Zugeständnisse“ erwirkt werden: „die Fahrer vom übrigen Personal der SNCF und RATP, die SNCF vom übrigen öffentlichen Dienst, den öffentlichen Dienst vom Privatsektor, ...“<sup>122</sup>.

### *Streikaktivitäten in Bordeaux:*

Mobilisierung von 1500 Menschen in Paris für eine Gegendemonstration der „*usagers*“. Im Gegensatz dazu demonstrieren 20 000 Menschen in Bordeaux gegen den Juppé-Plan – Bürgermeister von Bordeaux ist Premier Juppé.

### *11.12.1995 Regierung:*

Die Regierung macht zum dritten Mal Zugeständnisse an die Streikenden: Beibehaltung des Rentenalters (ab 50 Jahre für fahrendes Personal) und der Rentenberechnung für das gesamte Personal von SNCF und RATP (Juppé), für alle Beamten (Perben) – d. h. „‘Aussetzung der Kommission Levert’ (beauftragt, die speziellen Rentenregelungen an den Juppé-Plan anzugleichen)...“<sup>123</sup> – sowie das Einfrieren des Planvertrages. In diesem Zusammenhang artikulieren die Eisenbahner ihre Forderungen: Beibehaltung der

---

<sup>121</sup> Vgl. ebd.

<sup>122</sup> Thé, S. 53 – 74.

<sup>123</sup> Baret/Bourdieu, S. 48.

aktuellen Rentenregelung, Rücknahme des Planvertrages und des Juppé-Plans.

*Streikaktivitäten in Paris:*

Auf einer Eisenbahner-Vollversammlung in Paris, von der Baretts berichtet, sind auch Busfahrer, RATP-Angestellte, Postler, Lehrer und Personal der ENS-Cachan anwesend.

*12.12.1995 – Tag der größten Mobilisierung*

*Gewerkschaften/Streikaktivitäten in ganz Frankreich:*

Dem Aufruf der CGT, FO, FSU und SUD-PTT folgen nach Aussagen des Innenministers und des polizeilichen Überwachungsdienstes 985 000 Menschen, den Gewerkschaften zufolge 2,2 – 2,3 Millionen Menschen auf über 250 Demonstrationen. Die Teilnahme in der Provinz stellt einen Rekord dar. Die größten Kundgebungen finden in Paris, Marseille (100 000 Teilnehmer) und Toulouse statt; sehr wichtig sind ebenso die Demonstrationen in Rouen, Bordeaux und Grenoble.

Zu den Demonstranten zählen Arbeitnehmer, Studenten, Rentner (in Rennes und Saint-Étienne).

In Cahors und Metz werden Bildnisse von Alain Juppé verbrannt.

Auch der Privatsektor beteiligt sich an den Demonstrationen: *Michelin* in Clermont-Ferrand, *Renault* in Le Mans, *Aerospatiale* in Toulouse, *Bull* in Angers.

In Caen, Marseille, Rouen, Grenoble nehmen die großen Privatunternehmen in starkem und aufsehenerregendem Maße teil.

In Paris fordern die Streikenden die 37,5-Stundenwoche für alle Arbeitnehmer.

FEN, CFTC bei den Eisenbahnern, FMC cheminots und FO PTT rufen zu einer Wiederaufnahme der Arbeit auf.

CGT und FSU rufen zu einem neuen Aktionstag am 16.12. auf.

*Regierung:*

Die Umsetzung der Reformierung der Sozialversicherung hat Alain Juppé zufolge begonnen.

*13.12.1995 Regierung/Gewerkschaften:*

Alain Juppé beruft den Sozialgipfel für den 21.12. ein. Er unterbreitet den Eisenbahnern weitere Zugeständnisse.

Der Industrieminister Franck Borotra und die Gewerkschaften kommen anlässlich des ersten runden Tisches über „*services publics à la française*“ zusammen. Der Regierung geht es in erster Linie darum, ihre europäischen Partner von der Richtigkeit der Verteidigung des öffentlichen Dienstes zu überzeugen. Die Privatisierung von *France Télécom* kündigt sich an.

*Streikaktivitäten:*

Erste Anzeichen der Wiederaufnahme der Arbeit bei der RATP. Im Gegensatz dazu dehnt sich die Mobilisierung in verschiedenen Provinzstädten aus, besonders in den Bereichen des öffentlichen Verkehrs und des Müllauflesens.

In Caen ist der Busverkehr zum Erliegen gekommen, Straßensperren werden errichtet. In Rouen sind Eisenbahner und Beschäftigte der EDF aktiv: Sperrung des Busdepots, Straßensperren, Besetzung des Télécom-Gebäudes und eines Bankbüros, Aussendung von Delegierten in alle Privatbetriebe. In Gardanne wird das Heizkraftwerk von Bergarbeitern besetzt.

Fast gänzliche Demobilisierung der Studentenbewegung.

In Paris arbeitet die CGT auf den Abbruch des Streiks hin:

Mit Xavier und Jean bin ich heute morgen zur VV der Postler vom Boulevard Brune zurückgekehrt. Starke Zwistigkeiten werden spürbar. Die CGT-Delegierten sprechen davon, 'schnell wieder unsere eigenen Forderungen aufzunehmen. Es ist nötig, eine Auflistung zu machen, wo alle unsere örtlichen Forderungen genau aufgeführt sind. Denn sonst hätten die anderen irgendwas erreicht und wir nichts.' Andere Redner (ohne Etikett) sind im Gegensatz dafür, den Streik mit umfassenden Forderungen fortzusetzen.<sup>124</sup>

*14.12.1995 Gewerkschaften:*

Die Gewerkschaften greifen die schwachen Glieder der Streikzentren an; plötzlich lassen bestimmte Versammlungen keine Externen mehr sprechen, die sich vorher frei äußern konnten... Die Gewerkschaften beginnen bereits, lokal die Modalitäten der Lohnabzüge für die Streiktage zu verhandeln.<sup>125</sup>

*Streikaktivitäten:*

Der Streik wird von den meisten Streikenden fortgesetzt. Angestellte der städtischen Verkehrsbetriebe (RATP) und elf SNCF-Depots – Belfort, Calais, Lille, Mühlhausen, Nancy, Rambouillet, Reims, Straßburg, Troyes, Vaires-sur-Marne und Valenciennes – nehmen die Arbeit wieder auf. Sie haben die Streikbewegung begonnen, sie sind die ersten, die zur Arbeit zurückkehren und damit das Ende der Bewegung einleiten.

In Strasbourg räumt die Polizei die Rheinschleusen, die von streikenden EDF-Beschäftigten lahmgelegt worden waren.

---

<sup>124</sup> Ebd., S. 50.

<sup>125</sup> Wildcat, S. 47 – 52.

### *15.12.1995 Streikaktivitäten:*

Beginn der Arbeitsaufnahme bei RATP und SNCF. Bei der SNCF sprechen sich 20 von 180 Anlagen und 50 von 140 Betrieben für eine Wiederaufnahme der Arbeit aus. Die ersten Züge und Pariser Metrobahnen sind wieder im Einsatz.<sup>126</sup>

Jean Bergognoux, Präsident der SNCF, legt sein Amt nieder.

Von 135 Postverteilzentren bleiben 40 besetzt, die übrigen sind mehr oder weniger vom Streik berührt. 50 Prozent der EDF-GDF-Kraftwerke, – Elektrizitäts- und Gaswerke befinden sich noch im Streik. Punktuell wird der Strom gesperrt – wie in Mulhouse.

In *Le Monde* wird ein Aufruf von Intellektuellen veröffentlicht, welche die Streikenden unterstützen.

#### *Gewerkschaften:*

CGT und FO machen Druck auf die Regierung, um auf dem Sozialgipfel die Gehaltsfragen zu klären.

Nach vagen Zusicherungen von Regierungsvertretern organisiert die CGT den Streikabbruch noch vor dem Aktionstag am 16. Dezember:

Von Xavier erfahre ich, daß die CGT zu Beginn der VV verlangt hat, daß alle Delegationen von Streikenden den Saal verlassen, 'um unter Eisenbahnern entscheiden zu können'. Das Vorgehen hat, so scheint es, selbst die Streikenden von der CGT geschockt. Waren nicht einige Delegationen auf ihre Einladung hin gekommen? Ein junger CGTler, der in Gesellschaft von Vertretern des Streikpersonals der ENS-Cachan zur VV gekommen war, sah sich sogar aufgefordert, sie zurückzubegleiten... Die Enttäuschung der ENS-Beschäftigten war manifest.

Ich frage einen jungen CGTler, warum er für die Wiederaufnahme gestimmt hat. Er antwortet mir, daß vor der VV eine Versammlung der Gewerkschafter stattgefunden hat, wo Durand ihnen erklärt hat, daß die Beschäftigten der RATP überall die Arbeit wiederaufnehmen würden. Andere CGTler, sichtlich betrübt, führen denselben Grund an. Doch im Lauf des Tages hat es überhaupt keine Information darüber gegeben, daß es eine relevante Arbeitsaufnahme bei der RATP gegeben hatte. Ich erfahre hingegen durch die Presse, daß die CGT nachts einen Brief von Bernhard Pons und Anne-Marie Idrac erhalten hat, worin ihr Zusicherungen betreffs der Befriedigung ihrer Forderungen und ihrer Beteiligung an der 'Neufassung' des Planvertrags gegeben worden sind. Als Antwort darauf hat die Konföderation an all ihre Gewerkschaften eine Bekanntmachung geschickt und dazu aufgerufen, 'den Streik abzusetzen und die Bewegung unter anderen Formen fortzusetzen', anders gesagt, die Arbeit wieder aufzunehmen. Das ist auf jeden Fall die restriktive Auslegung dieser Bekanntmachung durch die CGT des Betriebs.<sup>127</sup>

### *16.12.1995 Gewerkschaften/Streikaktivitäten in ganz Frankreich:*

Nationaler Aktionstag. Nach Angaben des Innenministers folgen 585 000 Teilnehmer, nach gewerkschaftlichen Angaben zwei Millionen Teilnehmer dem Aufruf der CGT, FSU, FO, SUD und verschiedenen CFDT-Sektionen. Die Mobilisierung erfolgt ungleich: starker Zulauf in Toulouse und Marseille. Auch sozial Ausgeschlossene beteiligen sich an den Demonstrationen.

<sup>126</sup> Zu Beginn der Arbeitsaufnahme in den Verkehrsbetrieben äußert sich ein CFDT-Delegierter wie folgt: „Die Basis wächst. Unsere Gewerkschaftsführer versuchen immer noch die Bewegung aufzuspalten, anstatt zu einem Generalstreik aufzurufen.“ Thé, S. 53 – 74.

<sup>127</sup> Baret/Bourdieu, S. 52.

Dazu Paul Barets aus seinem Pariser Tagebuch:

Ich treffe Xavier, der sich ostentativ [sic] abseits vom Zug hält und der ganz einfach wütend ist: 'Ah, ich bin genervt! Drei Wochen gestreikt zu haben, um das zu sehen, ah nein, ich bin genervt! Einverstanden, man konnte nicht mehr lange weitermachen, aber schließlich sind wir nicht allein. Das war nicht mehr nur ein Streik für die Eisenbahner. Was werden jetzt die anderen Streikenden denken? Sie werden denken, daß wir, die Eisenbahner nur an uns denken! Denn sobald man erreicht hat, was man wollte, hört man auf! Ah, wir brauchen nicht wieder anzufangen, die glauben uns nicht mehr... Das ist es, was die nicht verstanden haben, die da' (deutet auf die CGTler).<sup>128</sup>

*17.12.1995 Streikaktivitäten:*

Nach der Aufforderung der drei Medizinergewerkschaften demonstrieren 3 000 Menschen in Paris.

Die Wiederaufnahme der Arbeit bei der SNCF gestaltet sich schwieriger als erwartet, das besetzte Stellwerk im Gare du Nord muß geräumt werden.

Auf einer Versammlung der Kontrolleure im Gare d'Austerlitz wird ein Direktor eingesperrt.

In Südfrankreich wird der Streik fortgesetzt.

*18.12.1995 Streikaktivitäten:*

346 von 356 Niederlassungen der SNCF haben die Arbeit wieder aufgenommen. Bei der RATP fahren nur 20 Prozent der Busse und der Verkehr auf acht von 13 Metrolinien bleibt gestört. 50 Prozent der Kraftwerke werden bestreikt. Das Kraftwerk von Ilzach wird weiter besetzt bleiben.

Die Stromsperren betreffen Mulhouse, das gesamte Elsaß und Toulouse. In Annecy und Grenoble planen Arbeiter von EDF „illegale Aktionen“.

Der Arbeitgeberverband (CNPFP) entscheidet sich für eine Teilnahme am Sozialgipfel.

*Gewerkschaften:*

Folgende Mitteilung von Barets zeigt die Mittel eines CGT-Delegierten beim Beenden eines Streiks. Zur Arbeitsaufnahme der RATP hat er ein paar Tage vorher schlicht gelogen.

Von Alex, dem ich abends über den Weg laufe, erfahre ich, daß indessen eine letzte VV morgens abgehalten worden ist. Durand hat angekündigt, daß dank des Streiks drei Vertragsarbeiter unbefristet eingestellt würden. Im übrigen würde die Direktion die Möglichkeit bieten, einen Teil der Streiktage in Urlaubstage umzuwandeln. Daraufhin sei eine Delegation von Beschäftigten der RATP, angeführt von einem CGT-Delegierten, mitten in der Versammlung aufgetaucht, um zu erklären, daß sie den Streik fortsetzten... Der CGT-Delegierte, vom selben Kaliber wie Durand, hätte den in aller Öffentlichkeit sozusagen flehentlich gebeten, den Streik nicht zu beenden. Er wäre beinahe in Tränen ausgebrochen... Diese Streiterei zwischen CGTlern, die Durand anscheinend sehr schlecht aussehen ließ, hat der Arbeitsaufnahme einen geradezu pathetischen Charakter verliehen.<sup>129</sup>

---

<sup>128</sup> Ebd., S. 53.

<sup>129</sup> Ebd., S. 53, 54.



*19.12.1995 Streikaktivitäten in ganz Frankreich:*

Dem Aufruf von CGT und FSU folgen Demonstranten in Paris und der Provinz. Im Vergleich zu den vorangegangenen Kundgebungen ist ein deutlicher Rückgang der Teilnehmer zu verzeichnen. Ausnahme bildet Bordeaux (z. B. Streik der Müllmänner und des städtischen Nahverkehrs).

In Limoges und Marseille ist der städtische Nahverkehr noch lahmgelegt. In Marseille ist die Lage sehr angespannt. Die Postdirektion fordert die Räumung des besetzten Sortierzentrums – das Gericht weigert sich. Im Languedoc-Roussillon ist der Eisenbahnverkehr noch blockiert. In St. Étienne kommt es zu einem Polizeieinsatz gegen die Streikposten. Nach vier Wochen Streik der städtischen Angestellten explodiert die Lage.

In der Umgebung von Rouen nehmen die Eisenbahner den Streik wieder auf. Sie waren mit die ersten, die in den Streik eingetreten sind.

In Belgien beginnt eine Streikbewegung im Eisenbahn- und Luftfahrtbereich.

*21.12.1995 Regierung/Gewerkschaften:*

Der Sozialgipfel über die Beschäftigung findet in Matignon statt. Von gewerkschaftlicher Seite sind die fünf Dachverbände anwesend (SUD, FSU und UNSA nehmen nicht teil), ebenso die Arbeitgeber und Premier Juppé. Die Folge ist nur eine Reihe guter Absichten. Gewerkschaften und Arbeitgeber drücken ihre Enttäuschung und Unzufriedenheit über den Ausgang der Gespräche aus. Die Beschlüsse hat Premier Juppé abgefaßt. Die wenigen angekündigten Maßnahmen zielen auf Integration und Einstellung der Jugendlichen ab.

Thé bemerkt dazu:

Am 21. Dezember versammelt sich der berühmte 'Sozialgipfel', aus dem die Gewerkschaften mit unbedeutenden kleinen Maßnahmen und vielen Versprechen über zukünftige Dialoge herauskommen werden. Das ist wohl das mindeste, was die Regierung ihnen schuldet für ihre loyale Kontrolle der mächtigsten sozialen Bewegung, die das Land seit fast 27 Jahren erlebt hat.<sup>130</sup>

*Streikaktivitäten in ganz Frankreich:*

Zur gleichen Zeit wird in Paris und der Provinz nach Aufforderung von CGT und FO demonstriert. In der Provinz sind mehr Teilnehmer zu verzeichnen als in Paris. Die größten Kundgebungen finden in Marseille, Bordeaux und Toulouse statt.

Die Arbeit wird wieder aufgenommen.

Es bleiben einige Gebiete, in denen noch gestreikt wird: besonders in der Provinz bei EDF-GDF und der Post, hauptsächlich im Südwesten und der Haute-Normandie. In Bordeaux dauert der Streik bei EDF seit 23 Tagen und die Stromunterbrechungen trafen

---

<sup>130</sup> Thé, S. 53 – 74.

sogar die Präfektur. In Anglet (Pyrénées-Atlantiques) besetzen Streikende seit sieben Tagen ein Büro, in dem man sich um die Elektrizitätsverteilung in den Départements des Landes und des Pyrénées-Atlantiques kümmert. Die Postverteilzentren von Bordeaux, Lille und Toulouse nehmen den Streik wieder auf. In den Postverteilstellen von Chambéry, Ajaccio, Caen, Sotteville wird weiter gestreikt. In Marseille und Toulouse wird der städtische Nahverkehr weiter blockiert.

Bei der SNCF rollen die ersten Züge wieder.

*27.12.1995 Streikaktivitäten:*

In Caen und Marseille werden Bus und Metro bestreikt.

Die Busfahrer von Limoges gehen wieder an die Arbeit.

*29.12.1995 Streikaktivitäten:*

Die 26tägige Besetzung des E-Werkes von Martigues (bei Marseille) wird von den Streikenden beendet.

*30. 12.1995 Streikaktivitäten:*

Die Postler des Sortierzentrums von Caen befinden sich bis zu diesem Zeitpunkt im Streik.

*02.01.1996 Streikaktivitäten:*

Punktuell wird der Streik wieder aufgenommen.

In Caen wird der 32tägige Streik im Postverteilzentrum beendet, die Arbeit wird erneut aufgenommen.

*04.01.1996 Streikaktivitäten:*

Das Sortierzentrum von Limoges wird besetzt. Dieser Zustand wird nur einen Tag andauern.

Angestellte der EDF-Gironde wollen wieder den Strom abschalten; der Streik war am 21.12. beendet worden.

*06.01.1996 Streikaktivitäten:*

In Marseille vertreibt die Polizei die Streikenden aus den Bus- und Metro-Depots. Darauf folgen verschiedene Aktionen in der Stadt.

*08.01.1996 Streikaktivitäten:*

Die Beschäftigten der städtischen Verkehrsbetriebe von Marseille (Bus- und Metrofahrer) stellen den Streik ein und gehen wieder an die Arbeit.

*12.01.1996 Streikaktivitäten:*

In Marseille treten drei Arbeiter des Sortierzentrums in den Hungerstreik. Am 14.01. werden sie vertrieben, am Abend wird dort verhandelt.

Als das Sortierzentrum am 15.01. die Tore erneut öffnet, beginnen die 1 000 Beschäftigten wieder zu streiken.

Beschäftigte des E-Werkes in Marseille stellen alle Verbraucher auf den niedrigsten Tarif um. Sie entfernen alle Telefone aus den EDF-Büros. Auch versperren die Streikenden den Rathauseingang.

#### *15.01.1996 Streikaktivitäten:*

In Toulouse befinden sich noch 60 Prozent der Angestellten des E-Werkes im Streik.<sup>131</sup> An der Streikbewegung 1995/96 nahm somit eine Vielzahl von Städten und Ortschaften teil: Lille, Montreuil, St. Nazaire, Rouen, Toulouse, Metz, Créances (Manche), Paris, Montpellier, Pau (Pyrénées Atlantiques), Limoges, Rennes, Tours, Calais, Caen, St. Briec, Grenoble, Valence, Clermont-Ferrand, Nantes, Brest, Nancy, Marseille, Toulon, Cherbourg, Le Havre, Loire-Atlantique, la Meuse, le Cher, Ardennen und Rhône, Sandouville (bei Le Havre), Bordeaux, Lyon, Elsaß, Freyding-Merlebach (Lothringen), Montluçon, Nizza, Chateauroux, Avignon, Albi, Mantes, Dieppe, Agen, bei Thionville, Gardanne, Strasbourg, Mulhouse, Annecy, Roussillon und Languedoc, St. Etienne, Chambéry, Sotteville, Ajaccio, Martigues (bei Marseille), Perpignan, Orléans, Le Mans, Angers, Jussieu.<sup>132</sup>

Auffällig ist, daß in der deutschen Presse vor allem über das Streikgeschehen in Paris berichtet wird. Nur beiläufig werden die Streikaktivitäten in anderen Städten und Orten erwähnt.<sup>133</sup> Somit kann der Eindruck entstehen, daß sich die Streikbewegung vornehmlich im Pariser Raum abgespielt hat (und nur am Rande andernorts). Die Streikbewegung von September 1995 – Januar 1996 hatte damals aber das gesamte Land erfaßt und wirkte auch in anderen europäischen Ländern, z. B. in Belgien, Deutschland, Schweden und Luxemburg weiter. Dies zeigt, „daß trotz der Massenarbeitslosigkeit und der Verunsicherung aller Kopf und Handarbeiter eine Bewegung möglich ist.“<sup>134</sup>

---

<sup>131</sup> Vgl. Baretts/Bourdieu, S. 49, 51; Bérout/Mouriaux, S. 187 – 194; Minvielle/Vacquin, S. 12 – 15; Thé, S. 53 – 74; Walsh, S. 5, 92, 93; Wildcat, S. 47 – 52.

<sup>132</sup> Vgl. „Gegenoffensive...“, in: *Neue Zürcher Zeitung* 284, 6. Dezember 1995; Gsteiger, Fredy (1995), in: *Die Zeit* 49, 1. Dezember 1995, S. 41; Thé, S. 53 – 74; Wildcat, S. 47 – 52.

<sup>133</sup> Vgl. „Auch am Wochenende...“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* 276, 27. November 1995; Bremer, Hans-Hagen (1995), in: *Frankfurter Rundschau* 292, 15. Dezember 1995; „Erste Verhandlungen...“, in: *Süddeutsche Zeitung* 284, 9. Dezember 1995; „Franzosen streiken...“, in: *Frankfurter Rundschau* 284, 6. Dezember 1995; „Gewerkschaften von Appell...“, in: *Süddeutsche Zeitung* 282, 7. Dezember 1995; „Jetzt auch Streiks...“, in: *Süddeutsche Zeitung* 281, 6. Dezember 1995; „Premierminister Juppé...“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* 284, 6. Dezember 1995; „Ungebrochene Streikwelle...“, in: *Neue Zürcher Zeitung* 290, 13. Dezember 1995.

<sup>134</sup> Baretts/Bourdieu, S. 2; vgl. „Eisenbahner beenden...“, in: *Süddeutsche Zeitung* 293, 20. Dezember 1995; „Streik legt Verkehr...“, in: *Neue Zürcher Zeitung* 279, 30. November 1995; Thé, S. 53 – 74; Wildcat, S. 47 – 52.

### 3.4 Ergebnisse und Analyse

Unter dem Druck der Streikbewegung ist der Juppé-Plan einige Monate ausgesetzt worden. Die im Streik geforderte Rücknahme des Juppé-Plans konnte jedoch nicht durchgesetzt werden. Nach Beendigung der Eisenbahnerstreiks und dem Abflauen der übrigen Streikbewegung sind folgende Teile des Juppé-Plans durchgesetzt worden: eine neue Steuer von 0,5 Prozent, die Übernahme der Krankenkassen durch die Regierung, ein Anstieg der Krankenkassenbeiträge für Arbeitslose und Rentner, die Erhöhung der Sozialabgaben und das Einfrieren des Kindergeldes. „Was bleibt vom ‘Plan Juppé’ übrig? – Fast alles.“<sup>135</sup>

Die Gewerkschaften konnten in der Rentenfrage wesentliche Zugeständnisse erwirken: Die Dauer der Rentenbeitragszahlung im öffentlichen Dienst bleibt aufrechterhalten, ebenso der Renteneintritt für Lokomotivführer mit 50 Jahren und für fahrendes Personal mit 55 Jahren.<sup>136</sup>

Der Planvertrag Staat-SNCF ist ausgesetzt worden (vgl. 3.3.2 am 10. und 11.12.).<sup>137</sup> Der Gewerkschaft wurde eine Beteiligung an der Neufassung zugesichert (vgl. 3.3.2 am 15.12.)

Aufgrund der Größe der Streikbewegung konnten verschiedentlich Neueinstellungen erkämpft werden.<sup>138</sup> Die Vereinheitlichung der Vergütung und die Abschaffung des dualen Einstellungssystems haben Streikende von Bus und Metro in Marseille durchgesetzt.<sup>139</sup>

Insgesamt sind die sozialpolitischen Vorhaben des Juppé-Plans weitgehend umgesetzt worden. Allerdings wurden die Rentenregelungen des öffentlichen Dienstes und insbesondere des fahrenden Personals der SNCF im wesentlichen beibehalten.

Weitgehend unabhängig von den Streiks im öffentlichen Dienst erreichte die breite Studentenbewegung schließlich finanzielle Zugeständnisse von 369 Millionen FF plus zwei Milliarden FF für das Budget von 1995 sowie Zusagen für 2 000 Wissenschaftlerstellen und 2 000 Stellen im Verwaltungs- und Dienstleistungsbereich.<sup>140</sup>

Ökonomisch gehen mit einer Massenstreikbewegung Einschnitte in der Volkswirtschaft einher. Beziffert werden in den Quellen lediglich die Umsatzverluste bei SNCF (100 Millionen FF/Tag) und RATP (20 Millionen FF/Tag). Gesamtwirtschaftlich schlugen

---

<sup>135</sup> Libération, 13. Dezember 1995, zitiert nach: Walsh, S. 14.

<sup>136</sup> Vgl. Chimelli, Rudolph (1995), in: *Süddeutsche Zeitung* 292, 19. Dezember 1995.

<sup>137</sup> Ebd.

<sup>138</sup> Vgl. Wildcat, S. 47 – 52.

<sup>139</sup> Ebd.

<sup>140</sup> Vgl. 3.3.2, 03.12.1995.

sich die Verluste in einem verminderten Wachstum nieder.<sup>141</sup> Besonders im innerstädtischen Einzelhandel brachen die Umsätze während der Streiks ein. Durch die Streiks im öffentlichen Nahverkehr war die Erreichbarkeit der Geschäfte beeinträchtigt, durch die Streiks der Postler kam es zu Lieferschwierigkeiten.

In Frankreich gibt es normalerweise keine Streikkassen. Der Streik geht in der Regel auf Kosten der Arbeiter: durch Lohnausfall oder Umwandlung der Streiktage in Urlaubstage. Im Rahmen von Verhandlungen versuchen sie, eine (teilweise) Lohnfortzahlung für die Streiktage durchzusetzen. Über Zahlungen an die Streikenden wurde verhandelt, zu diesbezüglichen Vereinbarungen konnte bis auf einzelne Arrangements nichts ermittelt werden.<sup>142</sup>

Nach Analyse von Nicole Thé entschlossen sich die zersplitterten und konkurrierenden Gewerkschaften unter dem Druck der Ereignisse zu gemeinsamen Aktionstagen (10.10., 25.10., 14.11., 24.11.). Aufgrund ihrer relativen Zurückhaltung in der Anfangsphase waren Basisinitiativen, Streikfortsetzungen und schließlich branchenübergreifende Kontakte möglich, die der Bewegung eine hohe Dynamik verliehen. Die Bewegung hat damit die traditionelle Spaltung und die Manipulation durch politische Gruppen neutralisiert. Eine zweite Ursache für die Streikdynamik war das Bestreben der Gewerkschaftsführung, mit machtvollen Demonstrationen die 2-Millionen-Vorgabe von Juppé zu erreichen. Dagegen wurde die Ausweitung der Streikbewegung auf den Privatsektor nicht engagiert betrieben bzw. behindert. Die Basisaktionen blieben im allgemeinen auf das gewerkschaftliche Instrumentarium beschränkt. Weil die Bewegung „nicht die Zeit hatte, ihre wachsende Einheit auf solide Formen der Selbstorganisation zu gründen, wird die Bewegung aufgerieben.“<sup>143</sup> Ihre Hauptschwäche war die strategische und organisatorische Abhängigkeit von den Gewerkschaften. Diese konnten so ohne Legitimation ihren Anspruch als Verhandlungsführer durchsetzen und die Kontrolle über die Bewegung zurückgewinnen.<sup>144</sup>

---

<sup>141</sup> Vgl. Chimelli, Rudolph (1995), in: *Süddeutsche Zeitung* 292, 19. Dezember 1995.

<sup>142</sup> Vgl. 3.3.2 (14. 12.) und Wildcat, S. 47 – 52 (4.1.96); vgl. Chimelli, Rudolph (1995), in: *Süddeutsche Zeitung* 292, 19. Dezember 1995.

<sup>143</sup> Thé, S. 53 – 74.

<sup>144</sup> Vgl. ebd.

Als weitere Erfahrungen in der Streikbewegung werden eine gewachsene Solidarität unter den Menschen, das Zusammenwirken verschiedener Berufsgruppen einer Branche sowie ansatzweise verschiedener Gewerkschaftsverbände, insgesamt also eine horizontale Vernetzung genannt (vgl. Chronologie, s. o.). Damit werden organisatorische Erfahrungen im Arbeitskampf weitergegeben. Angesichts der vermittelnden Rolle der streikbestimmenden Gewerkschaften gewinnen radikalere wie SUD neue Mitglieder.<sup>145</sup>

Barets bewertet die Streikbewegung als vereinheitlichend. Seiner Meinung nach hat sie „zumindest für drei Wochen, bestimmte Korporatismen abgeschafft“.<sup>146</sup> Ein besseres Kennenlernen unterschiedlicher Berufsgruppen mit gemeinsamen Interessen war möglich. Barets zufolge vereinigten sich die Eisenbahner im Streik wieder mit ihren Gewerkschaften.<sup>147</sup>

Es werden aber auch die Grenzen dieses Prozesses sichtbar:

Ich erfahre, daß es auch ein Lokomotiv-Depot und damit auch Zugführer gibt. Doch die halten ihre Versammlungen getrennt ab, die Vorstellung einer Vollversammlung aller Eisenbahner des Betriebssitzes – was man zum Beispiel am Gare du Nord macht – sei von der CGT, die hier einen bestimmenden Einfluß hat, nicht unterstützt worden.<sup>148</sup>

Ein junger Eisenbahner aus Juvisy, der kein Gewerkschaftsmitglied ist, zieht folgende Streikbilanz und hebt dabei gerade die Vereinheitlichung positiv hervor:

*‘Im Klartext habe ich meine Zeit und mein Geld verloren. Ich habe Geld verloren, und ich habe die Annäherung zwischen Personen aus dem selben Betrieb gewonnen. Weil das ein großes Unternehmen ist und selbst wenn es Gelegenheiten gibt, sich kennenzulernen, wie einen Fußballverein, ist das gar nicht so leicht. Das hat deshalb die Beziehungen zwischen den Leuten verbessert, die Tatsache, die Bewegung zusammen zu leben, zusammen mittags im Rathaus zu essen. Und auch mit den Leuten von draußen, wo man ja das schlechte Bild von einem von denen hat, die bei der SNCF arbeiten, da ist es mir ermöglicht worden, Kontakt mit Leuten zu haben, die nicht so dachten. Aber sonst habe ich meinen Zaster verloren, meine Zeit, weil ich denke, daß man hätte weitermachen müssen, ich bin ein bißchen enttäuscht darüber, meine erste große Bewegung. Aber das macht nichts, falls es eine andere gibt, werde ich drin sein. Wenn man seine Rechte wirklich durchsetzen will, darf man nicht beim ersten Gefecht nachgeben. Aber am Ende war ich schlimm getroffen, vielleicht weil ich einen kämpferischen Geist habe und ein schlechter Verlierer bin. Und ich bin nicht der einzige, der ein wenig enttäuscht ist. Denn wenn Du drei Wochen verbringst, um 4 Uhr morgens aufzustehen und um 21 Uhr nach Hause zu kommen, dann kannst Du enttäuscht sein, wenn Du das Ergebnis siehst. Da bin ich sicher. Aber ich werde es wieder tun, dessen bin ich mir sicher.’<sup>149</sup>*

Le Monde schreibt: „La parole s’est déliée dans une atmosphère quasi-festive: le sentiment de vivre un moment d’exception faisant tomber certaines barrières sociales...“<sup>150</sup>

<sup>145</sup> Vgl. Barets/Bourdieu, S. 10; Bonse, Eric (1995), in: *Der Tagesspiegel* 15465 1. Dezember 1995, S. 3; Bonse, Eric (1995), in: *Der Tagesspiegel* 15470, 6. Dezember 1995; Chimelli, Rudolph (1995), in: *Süddeutsche Zeitung* 292, 19. Dezember 1995; Fekl, Walther: „Syndicalisme“, in: Doll et al., S. 920, 921; Neumann, Wolfgang/Veil, Mechthild: „Wohlfahrtsstaat im Umbruch“, in: Kimmel/Uterwedde, S. 107; Walsh, S. 6, 13.

<sup>146</sup> Barets/Bourdieu, S. 10.

<sup>147</sup> Vgl. ebd.

<sup>148</sup> Barets/Bourdieu, S. 21.

<sup>149</sup> Ebd., S. 9, 10.

<sup>150</sup> Le Monde, 9 décembre 1995, zitiert nach: Remarques, S. 33.

Inwieweit dies alles nachhaltig wirkt oder Veränderungen angestoßen hat, kann nicht angemessen beurteilt werden. Zumindest gibt es diesbezügliche Bemühungen: Pierre Bourdieu<sup>151</sup> hat nach den Dezemberstreiks 1995 die Initiative „*Raisons d’agir*“ gegründet, um „die Solidarität mit den Streikenden über den aktuellen Anlaß hinaus zu institutionalisieren.“<sup>152</sup> „*Raisons d’agir*“ stellt eine Arbeitsgruppe von Intellektuellen dar, die sich mit den Streikenden solidarisiert und dies durch Treffen und Publikationen praktisch umsetzt. Die Initiative existiert noch heute und war in den letzten zehn Jahren neben Frankreich auch in Belgien, Deutschland, Griechenland und der Schweiz aktiv.<sup>153</sup> Andererseits berichtet Rehfeldt, daß die gewerkschaftliche Geschlossenheit 1996 wieder „in die alten Bahnen der Polarisierung“<sup>154</sup> zurückfällt

Die soziale Bewegung von September 1995 bis Januar 1996 wirkte in ganz Frankreich: Sie brach in einzelnen Städten der „Provinz“ aus. Aufgrund der zögerlichen Haltung und Zersplitterung der Gewerkschaften dehnten sich die spontanen Aktionen rasch aus und erfaßten später das gesamte Land. Bemerkenswert war die landesweite Mobilisierung der Arbeiter. Auch die Studentenproteste erfolgten wesentlich in der Provinz, die besser ausgestatteten Pariser Universitäten beteiligten sich nur zögerlich.

Die Gewerkschaften übernahmen die Rolle der Sprecher für die Arbeitnehmer und die des Ansprechpartners für die Regierung und Arbeitgeber. Die Streikbewegung hatte mit spontanen Aktionen der Arbeiter begonnen, die Gewerkschaften übernahmen im weiteren Verlauf die Kontrolle und riefen schließlich zum Streikabbruch auf. Insgesamt gab es also verschiedene sogenannte wilde Streiks wie auch organisierte Aktionen, die Bewegung ging über gewerkschaftliche Aktionen und die Verteidigung von Einzelinteressen der Arbeiter hinaus.

Die Streiks hatten zunächst soziale Ziele (Beibehaltung der Rentenregelungen, Verbesserung der Arbeitsbedingungen, höhere Löhne) und mündeten später in politische Forderungen (Rücknahme Juppé-Plan und Planvertrag Staat-SNCF, Rücktritt Juppé).<sup>155</sup> Es wurde um den Erhalt eines ganzen Sozialsystems gekämpft.

---

<sup>151</sup> Er war Professor für Soziologie am Collège de France in Paris. Pierre Bourdieu hat sich mit den Streikenden solidarisiert und am 12.12.1995 in Paris am Gare de Lyon eine Rede vor den streikenden Eisenbahnern gehalten. Vgl. Baretts/Bourdieu, S. 3.

<sup>152</sup> Baretts/Bourdieu, S. 5, 6.

<sup>153</sup> Vgl. ebd.; vgl. *Raisons d’agir*, URL: <http://www.raisonsdagir.org> [Stand: 26. November 2005].

<sup>154</sup> Rehfeldt, S. 94.

<sup>155</sup> Olivier Duhamel und Philippe Méchet sowie Robert Redeker vertiefen in „Une grève d’opinion“ und „Décembre 1995: une grève républicaine“ die Klassifizierung dieser Streikbewegung. Vgl. Duhamel/Méchet, S. 33 – 47; Redeker, S. 3 – 22.

Die Mehrheit der Streikenden kam aus dem öffentlichen Dienst, dessen Rentenregelungen gefährdet waren und durch den Streik erhalten werden konnten. Sie verfügten zudem wohl meist über gesicherte Arbeitsverhältnisse. Damit wird auch verständlich, daß es schwierig war und kaum gelang, den Streik in andere Branchen und vom öffentlichen Dienst auf die Privatwirtschaft auszudehnen. Baretts schreibt am 28.11.1995 folgendes in sein Streik-tagebuch:

Unterwegs lerne ich zwei junge Eisenbahner [Xavier und Jean] kennen... Bei der SNCF schätzt er [Jean] die Sicherheit des Arbeitsplatzes, aber dieser besondere Status läßt ihn auch befürchten, daß der Streik der Eisenbahner von 'denen aus der Privatwirtschaft' nicht verstanden wird. Er befürchtet, daß der Streik lediglich 'egoistisch' und 'korporatistisch' bleibt. Seiner Meinung nach bräuchte man 'eine große Bewegung, die jeden etwas angeht.'<sup>156</sup>

Dies wäre durch den Juppé-Plan möglich, was aber entweder nicht vermittelt werden kann, oder unterhalb der Schmerzgrenze eingeordnet und hingenommen wird. Rehfeldt formuliert:

Das erhoffte Übergreifen auf den Privatsektor blieb aus, weil hier die Bedrohung durch Arbeitslosigkeit und die geringe gewerkschaftliche Präsenz eine massenhafte Mobilisierung unmöglich machte.<sup>157</sup>

Die Ausweitung der Bewegung gestaltet sich schwierig. Es bedarf Mutes, die Arbeiter aus anderen Betrieben mitzuziehen:

Man dürfe sich nicht darauf beschränken, die Werkstätten zu verlassen, erklärt er mir, man müsse rausgehen, um andere Arbeiter zum Streiken zu bringen. 'Wenn die Eisenbahner in Unternehmen gehen, wo sie auf eine Wand von Indifferenz, selbst wenn sie von Sympathie begleitet ist, stoßen, dann werden sie demoralisiert. Man muß Dinge tun, wo sie Erfolgserlebnisse haben und sich nicht damit begnügen, rumzulaufen, damit macht man die Leute nur für nichts und wieder nichts müde...' Mir scheint diese Überlegung gut begründet, warum hat sie dann die CGT nicht übernommen? 'Sie lehnen alles ab, was nicht von ihnen kommt, so ist das nun mal.' Daß dieser einzige 'Punkt' die Stimmung so angespannt hat, ist für ihn ein Zeichen für die Schwäche der Bewegung: 'Die Leute sind nur dann zum Streiken bereit, wenn sie uns (die Gewerkschaften) einig sehen, doch bei der geringsten Meinungsverschiedenheit – Du hast es gesehen – können sie den Mut verlieren. Das zeigt, wie zerbrechlich das Ganze noch ist.'<sup>158</sup>

Wie notwendig für die Streikenden das Zusammenspiel der Gewerkschaften ist, wird an dieser Stelle besonders deutlich.

Die Streikbewegung von 1995/96 ist von ihren Gegnern aus Politik, Presse und intellektuellen Kreisen als reaktionär, archaisch, nationalistisch und rassistisch bezeichnet worden. Sie haben der sozialen Bewegung Verteidigung von Privilegien und Besitzstandswahrung vorgeworfen. Für die Streikenden handelt es sich bei den sogenannten Privilegien zwar auch um soziale Errungenschaften, die durch eine neoliberalistische Politik abgebaut werden sollten. Im öffentlichen Dienst werden aber die besonderen Bedingungen wie auch die ideelle Hervorhebung als Teil einer Art Vertrag mit

---

<sup>156</sup> Baretts/Bourdieu, S. 13 – 14.

<sup>157</sup> Rehfeldt, S. 94

<sup>158</sup> Baretts/Bourdieu, S. 18.



dem Staat verstanden, als Gegenleistung für den loyalen Dienst zugunsten des Staates. „...was sich in den Streiks massiv äußerte, war eine Reaktion der Revolte gegen den Bruch des Vertrags...“<sup>159</sup> Dem Vorwurf des Rassismus steht die Tatsache gegenüber, daß auf der Demonstration am 12.12.1995 in Paris am Gare de Lyon nicht nur Gewerkschaftsvertreter, sondern auch Sprecher der Bewegungen zur Unterstützung von Obdachlosen und Immigranten anwesend waren, die von den streikenden Arbeitern sehr beklatscht worden sind.<sup>160</sup> Die Diskreditierung erscheint also nicht gerechtfertigt.

*Le Monde* charakterisierte die soziale Bewegung wie folgt:

‘Cette révolte est une sorte de thérapie saine (...) Il y a, dans les manifestations, une forme d’expression collective, de communion, que l’on ne retrouve pas ailleurs. Elles sont aussi une fête, elles ont donné une bouffée d’oxygène au pays.’<sup>161</sup>

Die Streikbewegung von 1995/96 reiht sich in eine Linie von Streiks ein: 1968, 1986/87, 1988, 2005. Im Gegensatz zu der mächtigeren Streikbewegung von 1968, die die staatlichen Autoritäten stark erschüttert und zu nachhaltigen gesellschaftlichen Veränderungen geführt hat, konnte 1995/96 nur der neoliberale Sozialabbau in Teilen gestoppt werden; politische Ergebnisse waren nicht zu verzeichnen. Gemein ist den Streikbewegungen von ’68 und ’95/96, daß sie spontan von der Provinz ausgegangen und weit verbreitet waren und daß die Gewerkschaften später wieder die Kontrolle über die Bewegungen gewonnen haben.<sup>162</sup>

Die Streiks der Eisenbahner von 1986/87 gegen finanzielle Einbußen und die der Krankenschwestern vom Herbst 1988 gegen die erheblich gestiegene Arbeitsbelastung bei gleichbleibenden Löhnen blieben auf die jeweiligen Berufsgruppen beschränkt und erreichten nicht die Ausmaße wie 1995/96.<sup>163</sup>

Die Streikbewegung von 1995/96 war nach einem relativ ruhigen Vierteljahrhundert seit 1968 wieder eine breite und mächtige Bewegung, die von einem großen Teil der Bevölkerung getragen war. Sie umfaßte nahezu den gesamten öffentlichen Dienst und konnte Angriffe auf dessen Sozialsystem teilweise abwehren, blieb aber zumeist auf diesen Sektor beschränkt. Mit der nachfolgenden Umsetzung des übrigen Juppé-Plans verschlechterten sich die sozialen Bedingungen dennoch.

---

<sup>159</sup> Thé, S. 53 – 74.

<sup>160</sup> Vgl. Baretts/Bourdieu, S. 1, 2.

<sup>161</sup> *Le Monde*, 17 – 18 décembre 1995, zitiert nach: Remarques, S. 33.

<sup>162</sup> Vgl. Doll, Jürgen: „Mai 68“, in: Doll et al., S. 600 – 609; Rehfeldt, S. 93.

<sup>163</sup> Vgl. Baudet/Martos; Leschi; Lüger, S. 205; „Mouvement infirmier de 1988“

URL: <http://www.infiweb.org/A/histoire/lutte/1988/1988.html>. [Stand: 12. Oktober 2005].

Diese Entwicklung und die ungelösten sozialen Probleme lassen weitere Aktionen erwarten. Die Streiks und Aktionen vom Herbst 2005 bestätigen dies, auch wenn sie nicht von den Beschäftigten, sondern von den Ausgeschlossenen ausgehen.

Aufgrund der Machtverteilung in Frankreich ist der Premier durch den Präsidenten schnell austauschbar. Dies findet vor allem in politischen und sozialen Krisenzeiten Anwendung. Die leichtfertige Ankündigung Juppés, bei mehr als zwei Millionen Demonstranten zurückzutreten, ist trotz der über ein bis zwei Millionen Demonstranten nicht ausgeführt worden; Juppé ist im Amt geblieben. Präsident Chirac hatte die Probleme zwar benannt, in der Politik aber andere Prioritäten gesetzt. Nichtsdestotrotz wurde er 2002 erneut Präsident.

Erwähnt werden muß auch, daß die international agierenden Konzerne die Konkurrenz zwischen dem europäischen, nordamerikanischen und asiatischen Markt überbetonen, um ihre Situation zu verbessern. Die Globalisierung und die mögliche Arbeitsverlagerung werden als Druckmittel gegenüber der Politik bzw. den Regierungen gebraucht.<sup>164</sup> Dies fördert Verträge wie den von Maastricht über die europäische Währungsunion mit ihren wirtschaftspolitischen Vorgaben und sozialen Folgeerscheinungen, die – wenn zum Teil auch noch verdeckt – alle EU-Länder betreffen.

Angesichts der drohenden massiven Eingriffe in das Sozialsystem ist es für die Arbeitnehmer unerlässlich, sich international zu organisieren.

---

<sup>164</sup> Vgl. Baretts/Bourdieu, S. 4.

## 4 Zusammenfassung und Ausblick

Die Streikbewegung 1995/96 begann im September 1995 mit einzelnen lokalen Streiks im öffentlichen Dienst. Im Oktober fingen die Studenten an zu streiken. Mit den Problemen der Eisenbahner (November 1995) wurde die soziale Bewegung zur Massenstreikbewegung: Durch das Eisenbahnnetz wurden Streikauswirkungen und damit der Streikgedanke in andere Regionen getragen; das wirkte als Keim für dortige Aktionen. Man kann die Eisenbahneraktionen als das Rückgrat der Streikbewegung bezeichnen.

Höhepunkt war der 12.12.1995 mit 2,3 Millionen Demonstranten. Nach Zugeständnissen der Regierung in den Rentenregelungen drängte die Gewerkschaft CGT auf Streikabbruch. Am 16.12. (nationaler Aktionstag) flammte der Streikwille der Arbeiter mit landesweit zwei Millionen Demonstrationsteilnehmern noch einmal auf, danach nahm die Bewegung ab, Mitte Januar 1996 war sie beendet. Das Ende des Eisenbahnerstreiks entzog der Streikbewegung die Vernetzung.

Nur wenige Monate später (25.05.1996) legte Präsident Chirac den Bericht „*Cinq Millions Exclus*“ vor, der die schwierige soziale Lage thematisierte. Eine Arbeitslosenzahl von ca. 3,1 Millionen im September '96, d. h. 12,6 Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung, veranlaßten Chirac zu einer Regierungsumbildung „im Sinne des angekündigten Vorrangs des wirtschaftlichen Wettbewerbs vor sozialen Problemen“<sup>165</sup>.

1997 zog Chirac die Wahlen zur Nationalversammlung vor. Er erhoffte sich damit ein besseres Wahlergebnis als zum offiziellen Termin 1998. Aus den Parlamentswahlen (Mai/Juni '97) ging das Linksbündnis – PS, PCF, linke Gruppierungen und Grüne – unter Führung Lionel Jospins als Sieger hervor. Dies stellte den Beginn der dritten Cohabitation mit dem Sozialisten Jospin als Premierminister dar.<sup>166</sup>

Unter Jospin wurden 700 000 neue Arbeitsplätze, vor allem im öffentlichen Dienst, für Berufseinsteiger geschaffen, die Steuern für niedrige Einkommen gesenkt, die Arbeitswochenzeit bis 2000 von 37,5 auf 35 Stunden reduziert, eine medizinische Versorgung für Mittellose bereitgestellt, die Amtszeit des Präsidenten von sieben auf fünf Jahre verkürzt

---

<sup>165</sup> Martens, Stefan: „Frankreich seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs“, in: Hinrichs, S. 442.

<sup>166</sup> Vgl. ebd., S. 442, 454; Tiemann, Dieter: „Frankreich im 20. Jahrhundert“, in: Kolboom/Kotschi/Reichel, S. 419. Die Cohabitation löst die Revolution ab, „Regierungswechsel werden nicht mehr als Übergang zu einem neuen Regime verstanden“. Altwegg, Jürg: „Politische Kultur der V. Republik“, in: Kolboom/Kotschi/Reichel, S. 497. Somit ist die Cohabitation Teil der französischen Politik geworden, obwohl sie in der Verfassung der V. Republik nicht verankert ist. Vgl. Martens, Stefan „Frankreich seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs“, in: Hinrichs, S. 455.

sowie eine Häufung von Mandaten auf verschiedenen politischen Ebenen begrenzt. 1998 – 2001 ist die Wirtschaft stark gewachsen. Dies führte vorübergehend zu niedrigeren Arbeitslosenzahlen. Seit 2001 stieg die Arbeitslosigkeit wieder an. Diese Tatsache begünstigte den Stimmenzuwachs bei der Front National (FN).

Das Ergebnis der Präsidentschaftswahlen (April 2002) ist die Folge der Zersplitterung der Linken in viele Parteien. So erreichte der FN-Vertreter den zweiten Platz und die Stichwahl: Chirac 20 Prozent, Le Pen 16,8 Prozent, Jospin 16,1 Prozent. Als Schadensbegrenzung im zweiten Wahlgang (Mai 2002) unterstützten die Linken wie auch andere Kräfte Chirac gegen Le Pen, um eine rechte Regierung zu verhindern. Chirac erreichte damit 82 Prozent und konnte seine Politik ungehindert und mit scheinbar erneuerter Legitimation fortsetzen.

Die Parlamentswahlen (im Juni 2002) führten zu einer bürgerlichen Regierung unter Raffarin. Diese senkte die Steuern, trieb die Dezentralisierung weiter voran und versuchte, die innere Sicherheit zu stärken. 2003 wurde im Parlament – trotz Streikbewegung – eine Rentenreform durchgesetzt. Im Ergebnis der Regionalwahlen schlug sich der Ansehensverlust der Regierung nieder; Präsident Chirac bildete daraufhin die Regierung um.<sup>167</sup>

Am 29.05.2005 ist in Frankreich über die EU-Verfassung abgestimmt worden. 54,9 Prozent stimmten mit Nein, 45,1 Prozent mit Ja. Mit diesem Ergebnis lehnten die Franzosen die Verfassung eindeutig ab; es war ein Rückschritt für den europäischen Einigungsprozeß in dieser Form. Der Ausgang des Referendums beinhaltete eine große Kritik an der Regierung Raffarin und schwächte Präsident Chirac, Frankreich und die Zentrale in Brüssel. Frankreichs Platz im deutsch-französischen Motor der europäischen Einigung wurde damit in Frage gestellt.<sup>168</sup>

Obwohl eine Legitimation für seine Europapolitik mit dem Votum versagt wurde, bekräftigte Chirac, daß Frankreich den europäischen Aufbau und die Zusammenarbeit innerhalb Europas fortsetzen werde. Er bildete die Regierung um: Der bisherige Innenminister Dominique de Villepin wurde zum Premierminister ernannt<sup>169</sup> und löste somit Raffarin ab; neuer Innenminister wurde Nicolas Sarkozy, Vorsitzender der Partei UMP und innerparteilicher Rivale um das Präsidentenamt.

Die europäische Verfassung tritt in Kraft, wenn sie alle Mitgliedstaaten angenommen haben. Längerfristig sollen die Menschen in den restlichen europäischen Ländern noch

---

<sup>167</sup> Vgl. Loth, Wilfried: „Von der IV. zur V. Republik“, in: Kimmel/Uterwedde, S. 81 – 83.

<sup>168</sup> Vgl. Kaffsack, Hanns-Jochen (2005), in: *Dresdner Neueste Nachrichten* 126, 2. Juni 2005; „Schallende Ohrfeige...“, in: *Dresdner Neueste Nachrichten* 123, 30. Mai 2005.

<sup>169</sup> Vgl. „Villepin wird...“, in: *Dresdner Neueste Nachrichten* 125, 1. Juni 2005.

über die EU-Verfassung abstimmen. In anderen Ländern wie Deutschland wird eine basisdemokratische Legitimation wie in Frankreich nicht für erforderlich gehalten und zur EU-Verfassung im Parlament abgestimmt werden, nicht durch die wahlberechtigte Bevölkerung.

Auch die niederländische Bevölkerung stimmte hinsichtlich der EU-Verfassung mit Nein ab. In Dänemark, Irland, Tschechien und Polen wird in den nächsten zwei Jahren abgestimmt, in Großbritannien ist es fraglich, ob überhaupt noch über die EU-Verfassung entschieden wird.<sup>170</sup>

Die Ablehnung der EU-Verfassung kann hier nicht umfassend bewertet werden. Ein Gesichtspunkt ist aber jedenfalls, daß die EU-Einigung vorrangig den Wirtschaftsinteressen dient und sich die soziale Lage der Menschen im Zuge der Anpassung zumindest in den wirtschaftlich stärkeren Ländern verschlechtert.

Mit den Unruhen in den Pariser Vororten und andernorts im November 2005 sind die sozial Ausgegrenzten wieder im Gespräch. Chirac hat diese Probleme schon früher (1996) benannt und für den Wahlkampf benutzt. Die Politiker haben aber zu wenig um eine Lösung der Probleme gerungen. Deshalb ist es nach 10jähriger Präsidentschaft erneut zu sozialen Protestbewegungen gekommen.

---

<sup>170</sup> Vgl. Veen, Herman van (2005), in: *Dresdner Neueste Nachrichten* 127, 3. Juni 2005.

## Literaturverzeichnis

„Auch am Wochenende stehen in Frankreich wieder viele Räder still“.

In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* 276, 27. November 1995.

Barets, Paul/Bourdieu, Pierre:

*Mobilisierung gegen den Neoliberalismus. Das Tagebuch der Streiks in Frankreich November/Dezember 1995.*

Hamburg: 1997 (= Supplement der Zeitschrift Sozialismus; 6).

Baudet, Jean-Pierre/Martos, Jean-François (1987):

„L’Encyclopédie des Puissances. Circulaire publique relative à quelques nuisances théoriques vérifiées par les grèves de l’hiver 1986 – 87“.

URL: <http://www.chez.com/debordiana/francais/encyclopedie.htm>

[Stand: 12. Oktober 2005].

Baumgratz, Gisela (Hg.):

*Landeskunde mit Presstexten. Arbeitsinstrumente.*

Tübingen: 1978 (= Arbeitshefte zur Frankreichkunde; 2).

Becker, Jean-Jacques/Ory, Pascal:

*Crises et alternances (1974 – 1995).*

Paris: 1998 (= Nouvelle histoire de la France contemporaine; 19).

Bérourd, Sophie/Mouriaux, René (Hg.):

*Le souffle de décembre. Le mouvement social de 1995: continuités, singularités, portée.*

Paris: 1997.

Bonse, Eric (1995): „Harte Fronten“.

In: *Der Tagesspiegel* 15465, 1. Dezember 1995, 3.

Bonse, Eric (1995): „Endlich wieder eine echte Solidarität“.

In: *Der Tagesspiegel* 15470, 6. Dezember 1995.

Bremer, Hans-Hagen (1995): „Ein Streik, der wie von selber läuft“.

In: *Frankfurter Rundschau* 278, 29. November 1995, 3.

Bremer, Hans-Hagen (1995): „Frankreich braucht eine soziale Verschnaufpause“.

In: *Frankfurter Rundschau* 292, 15. Dezember 1995.

Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.):

*Frankreich.*

Bonn: 2005 (= Informationen zur politischen Bildung; 285).

Chimelli, Rudolph (1995): „Wer soll das bezahlen?“

In: *Süddeutsche Zeitung* 292, 19. Dezember 1995.

„Chirac oder Jospin – Entscheidung in Frankreich am Sonntag“.

In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* 105, 6. Mai 1995.

Doll, Jürgen et al.:

*Frankreich Lexikon. Schlüsselbegriffe zu Wirtschaft, Gesellschaft, Politik, Geschichte, Kultur, Presse- und Bildungswesen.*

Berlin: 2005.

Dorfs, Joachim (1995): „Die Partner erwarten von Chirac ein klares Bekenntnis zu Europa“.

In: *Handelsblatt* 89, 9. Mai 1995.

Duhamel, Olivier/Méchet, Philippe:

„Une grève d’opinion. Les enquêtes SOFRES pour 7 sur 7 et La Marche du siècle“.

In: *L’Etat de l’opinion 1996.*

Paris: 1996. 33 – 47.

„Eisenbahner beenden ihren Streik“.

In: *Süddeutsche Zeitung* 293, 20. Dezember 1995.

„Erste Verhandlungen nach zweiwöchigen Streiks in Frankreich“.

In: *Süddeutsche Zeitung* 284, 9. Dezember 1995.

Fischer, Paul/ Haensch, Günther:

*Kleines Frankreich Lexikon. Wissenswertes über Land und Leute.*

München: 1994.

„Frankreich zwischen Reform und Immobilismus“.

In: *Neue Zürcher Zeitung* 280, 1. Dezember 1995, 3.

„Franzosen streiken im ganzen Land“.

In: *Frankfurter Rundschau* 284, 6. Dezember 1995.

„Gegenoffensive von Premierminister Juppé“.

In: *Neue Zürcher Zeitung* 284, 6. Dezember 1995.

„Gewerkschaften von Appell Juppés unbeeindruckt“.

In: *Süddeutsche Zeitung* 282, 7. Dezember 1995.

Gsteiger, Fredy (1995): „Pfeifen im dunklen Wald“.

In: *Die Zeit* 49, 1. Dezember 1995, 41.

Große, Ernst Ulrich/Lüger, Heinz-Helmut:

*Frankreich verstehen. Eine Einführung mit Vergleichen zu Deutschland.*

Darmstadt: 1993.

Hahn, Dorothea (1995): „In Frankreich beginnen Tage des Streiks“.

In: *die tageszeitung* 4782, 24. November 1995.

Harman, Chris (1995):

„Décembre 1995, Un hiver ‘chaud’ en France“.

URL: <http://mapage.noos.fr/anticapitalisme/1995harman.html>

[Stand: 7. September 2005].

Hermann, Christoph (2000):

„Die 35-Stunden-Woche in Frankreich – Hintergrund, Einführung, Effekte“.

URL: <http://www.forba.at> [Stand: 23. Juni 2005].

Hinrichs, Ernst (Hg.):

*Kleine Geschichte Frankreichs.*

Stuttgart: 1997.

„In Frankreich ein neuer Präsident mit alten Defiziten“.

In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* 103, 4. Mai 1995.

„Jetzt auch Streiks in französischen Privatbetrieben“.

In: *Süddeutsche Zeitung* 281, 6. Dezember 1995.

Kaffsack, Hans-Jochen (2005): „Jaques Chirac ‘Präsident auf Krücken’“.

In: *Dresdner Neueste Nachrichten* 126, 2. Juni 2005.

Kempf, Udo:

*Von de Gaulle bis Chirac. Das politische System Frankreichs.*

Opladen: 1997.

Kimmel, Adolf/Uterwedde, Henrik (Hg.):

*Länderbericht Frankreich. Geschichte – Politik – Wirtschaft – Gesellschaft.*

Bonn: 2005 (= Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung; 462).

Kolboom, Ingo/Kotschi, Thomas/Reichel, Edward (Hg.):

*Handbuch Französisch. Sprache-Literatur-Kultur-Gesellschaft.*

*Für Studium, Lehre, Praxis.*

Berlin: 2002.

Labbé, Dominique (1994):

„La crise du syndicalisme français“.

In: *La Revue de l'IREs* 16, 75 – 101.

Lasserre, René/Schild, Joachim/Uterwedde, Henrik:

*Frankreich – Politik, Wirtschaft, Gesellschaft.*

Opladen: 1997 (= Grundwissen Politik; 19).

Leschi, Didier (1996):

„Les coordinations, filles des années 1968“.

URL: <http://clio.revues.org/document467.html> [Stand: 12. Oktober 2005].



Loth, Wilfried (Hg.):

*Frankreich-Ploetz. Französische Geschichte zum Nachschlagen.*  
Freiburg, Würzburg: 1996.

Minvielle, Yvon/Vacquin, Henri:

*Le sens d'une colère. Chances et perspectives, novembre-décembre 1995.*  
Paris: 1996.

Mouriaux, René (1995):

„Ein Neuanfang verlangt mehr Einheit. Die Entwicklung der französischen Gewerkschaftsbewegung seit 1986 und ihre Zukunftsaussichten“.  
In: *Gewerkschaftliche Monatshefte* 4, 220 – 227.

„Mouvement infirmier de 1988“.

URL: <http://www.infiweb.org/A/histoire/lutte/1988/1988.html>  
[Stand: 12. Oktober 2005].

Münchhausen, Thankmar von (1995):

„Chirac und Jospin meiden den offenen Streit vor der Kamera“.  
In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* 103, 4. Mai 1995.

„Premierminister Juppé gesprächsbereit und unnachgiebig“.

In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* 284, 6. Dezember 1995.

Raisons d'agir:

„Raisons d'agir ... pour un intellectuel collectif“.  
URL: <http://www.raisonsdagir.org> [Stand: 26. November 2005].

Redeker, Robert:

„Décembre 1995: une grève républicaine“.  
In: *Les Temps modernes*.  
Paris: 1996. 3 – 22.

Rehfeldt, Udo:

„Die französischen Gewerkschaften und der Wandel der Arbeitsbeziehungen“.  
In: *Frankreich-Jahrbuch 1996*.  
Opladen: 1997. 77 – 94.

*Remarques sur la paralysie de décembre 1995.*

Paris: 1996.

„Schallende Ohrfeige für Chirac“.

In: *Dresdner Neueste Nachrichten* 123, 30. Mai 2005.

Sieburg, Otto:

*Gründzüge der französischen Geschichte.*  
Darmstadt: 1997.

„Soziale Sicherheit und Arbeitslosigkeit“.

In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* 219, 20. September 1994.

„Streikfolgen zwingen Regierung zu ersten Maßnahmen“.

In: *Süddeutsche Zeitung* 280, 5. Dezember 1995, 3.

„Streikführer wollen mit Juppé sprechen“.

In: *Handelsblatt*, 238, 8. Dezember 1995.

„Streik legt Verkehr in Frankreich lahm“.

In: *Neue Zürcher Zeitung* 279, 30. November 1995.

Thé, Nicole (1996):

„Kommentierter Besuch der sozialen Bewegung vom Dezember 1995 in Frankreich“.

URL: <http://www.wildcat-www.de/zirkular/24/z24bewfr.htm>

[Stand: 22. April 2005].

„Ungebrochene Streikweille in Frankreich“.

In: *Neuer Zürcher Zeitung* 290, 13. Dezember 1995.

Veen, Herman van (2005): „Das Nein wird die Uhr nicht zurückdrehen“.

In: *Dresdner Neueste Nachrichten* 127, 3. Juni 2005.

„Villepin wird neuer Premierminister“.

In: *Dresdner Neueste Nachrichten* 125, 1. Juni 2005.

Walsh, David:

*Frankreich im Aufstand. Die Streikbewegung vom November/Dezember 1995.*

Essen: 1996.

Weisenfeld, Ernst:

*Geschichte Frankreichs seit 1945. Von de Gaulle bis zur Gegenwart.*

München: 1997.

Wildcat:

„Streiks, Besetzungen, Demos, Krawalle: Ausschnitte aus der Bewegung in Frankreich von September 1995 bis Januar 1996“.

URL: <http://www.wildcat-www.de/zirkular/24/z24mouve.htm>

[Stand: 22. April 2005].

## Abkürzungen

ASS	Allocation spécifique de Solidarité
BIP	Bruttoinlandsprodukt
CDS	Centre des démocrates sociaux
CFDT	Confédération française démocratique du travail
CFTC	Confédération française des travailleurs chrétiens
CGC	Confédération générale des cadres
CGT	Confédération générale du travail
CNPF	Conseil national du patronat français
CRS	Compagnies républicaines de sécurité
CSG	Contribution sociale généralisée
EDF/GDF	Electricité de France/Gaz de France
ENS-Cachan	Ecole normale supérieure de Cachan
FEN	Fédération de l'éducation nationale
FF	Franc français
FGAAC	Fédération générale autonome des Agents de conduite de la SNCF
FMC cheminots	Fédération catégorielle des maîtrises et cadres cheminots
FO	Force ouvrière
FSU	Fédération syndicale unitaire
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade
GEC-Alstom	General Electric Company-Alstom
PCF	Parti communiste français
Prestations UNEDIC	Prestations Union nationale interprofessionnelle pour l'emploi dans l'industrie et le commerce
PS	Parti socialiste
PTT	Postes télégraphes téléphones
RATP	Régie autonome des transports parisiens
RMI	Revenu minimum d'insertion
RPR	Rassemblement pour la République
RVI	Renault Véhicules Industriels
SGEN	Syndicat général de l'éducation nationale
SMIC	Salaire minimum interprofessionnel de croissance
SNCF	Société nationale des chemins de fer français
SUD	Solidaires unitaires démocratiques
TGV	Train à grande vitesse
TSI	Trans Service Internationale
UDF	Union pour la démocratie française
UMP	Union pour un mouvement populaire
UNSA-Education	Union nationale des syndicats autonomes-Education
UPF	Union pour la France
VV	Vollversammlung

## Anlage

### Selbständigkeitserklärung

Ich versichere hiermit, daß ich die Arbeit selbständig verfaßt und keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt habe.

Name: Frenzel

Vorname: Elke

Dresden,

.....

Unterschrift

### Einsichtnahme Dritter

Ich bin damit einverstanden, daß meine Magisterarbeit nach Abschluß meines Prüfungsverfahrens der Öffentlichkeit im Prüfungsamt, im Institut oder ggf. in der Bibliothek zugänglich ist.

ja

nein

Dresden,

.....

Unterschrift